

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erste Ausgabe
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Inserate
pro viergespaltene Beilagsseite 60 Pf.; Stellenangebote 40 Pf.; für Verhandlungsmittler 40 Pf.; Veranlagungsanzeigen 20 Pf. Preisanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 46.

Berlin, den 11. November 1911.

27. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. In Wülshausen i. E. ist eine neue Zahlstelle des Verbandes begründet worden. Reiseunterstützung wird dort vorläufig nicht ausbezahlt.

2. Ein Rundschreiben des Verbandsvorstandes, dem auch die Nachträge zum Dreistädte-tarif beigelegt sind, ist in der abgelaufenen Woche an die Gau- und Ortsverwaltungen versandt worden. Sollte die Sendung bis zum 13. d. M. irgendwo noch nicht angekommen sein, ersuchen wir um entsprechende Mitteilung, um Nachsendung bewirken zu können.

Der Verbandsvorstand.

An die organisierte Arbeiterchaft Deutschlands.

Die organisierten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in Lippe und Westfalen sind seit dem 12. Oktober auf Beschluß des Westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes ausgesperrt, weil gegenüber einigen Fabrikanten bescheidene Forderungen auf Lohnerhöhung geltend gemacht worden waren. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in Lippe und Westfalen sind die allererbärmlichsten. Nach der Statistik der Tabakberufsgenossenschaft beträgt der Durchschnittsverdienst der Vollarbeiter 2,16 Mk. pro Tag. Daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie angesichts der enormen Preissteigerungen der notwendigen Lebensmittel geradezu gezwungen sind, eine Lohnerhöhung zu fordern, wenn sie nicht langsam Hungers sterben wollen, ist für jeden Einsichtigen selbstverständlich. Der Fabrikantenverband lehnte indes jede Lohnaufbesserung ab und beschloß, am 30. September allen organisierten Tabakarbeitern zu kündigen, falls die von den Arbeitern ausgesprochenen Kündigungen nicht bis zum 28. September zurückgenommen und die eingestellte Arbeit wieder aufgenommen worden sei. Weil die Arbeiter sich diesem brutalen Machtgebot der Unternehmer nicht fügten, wurden am 12. Oktober rund 9000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Im Laufe dieser Woche hat der Kampf eine weitere Ausdehnung dadurch erfahren, daß die Tabakarbeiter in Bremen und Hamburg in den Solidaritätsstreik getreten sind, weil sie Streikarbeit nicht machen wollten. Mehr als 10 000 Tabakarbeiter und -arbeiterinnen stehen also im Kampf. Die Unternehmer beabsichtigen, durch die Aussperrung die Organisationen der Arbeiter kampfunfähig zu machen. Die Verbände der Tabakarbeiter und der Zigarrenfortierer haben bisher die zur Unterstützung der Streikenden und Aussperrten erforderlichen Summen selbst aufgebracht, den Kampf aus eigenen Mitteln, aus eigener Kraft geführt. Der große Umfang und die Bedeutung des Kampfes für die unter so jammervollen Lohn- und Arbeitsbedingungen leidende Tabakarbeiterchaft aber erheischt die tatkräftige Mithilfe der organisierten Arbeiter.

Wir wenden uns deshalb an die organisierte Arbeiterchaft Deutschlands mit der dringenden Aufforderung, durch

allgemeine Sammlungen

zur Unterstützung der kämpfenden Tabakarbeiter und -arbeiterinnen beizutragen.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammellisten werden von der Generalkommission nicht versandt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Tabakarbeiter aufgebrachten Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Ablieferung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto Nr. 7930, Hermann Kube,
Postfachamt Berlin,
oder direkt an
Hermann Kube, Berlin S. 16,
Engelauer 14/15.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einsetzung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Einzahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskartelle Zahlkarten, auf denen die volle Adresse vorgedruckt und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der abgesandt wird. Zahlkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reiches unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einsenden — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskartell an dem Orte abgeliefert werden —, werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskartell ausständig zu lassen.

Über die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden dem Einsender nicht zugestellt.

Berlin den 4. November 1911.
S. 16, Engelauer 15.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. E. Legien.

Material zur Reichstagswahl.

Mit Hilfe der Gesetzgebung haben es die besitzenden Klassen verstanden, nicht nur ihre Interessen zu wahren und die Mittel für die Staatsausgaben aus der breiten Masse des Volkes herauszuholen, sondern auch noch große Gewinne dabei herauszupressen. Es ist die von den besitzenden Kreisen so sehr gerühmte Wirtschaftspolitik, die ihre eigenen Taschen schon dem wertvollen Volke aber das Leben ungeheuer erschwert. Besonders die Nahrungsmittelzölle und die indirekten Steuern verteuerten die wichtigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter des arbeitenden Volkes. Aus der Teuerungsgefahr wurde immer mehr eine wirkliche Teuerung, der wir uns kaum noch erwehren konnten.

Wohl gelang es, durch Lohnerhöhungen und durch weitgehende Sparsamkeit die breiten Volksmassen vor dem Verhungern zu bewahren. Aber die Lohnerhöhungen gleichen die Preissteigerung für Lebensmittel, Gebrauchsgüter und Wohnungen nicht aus. Dazu war eine weitere Sparsamkeit nicht mehr möglich, da die Ernährung schon längst eine Unter-

ernährung genannt werden muß. Die Teuerung wurde so zum Notstand, und weite Kreise — auch unserer Kollegenchaft — haben trotz emsigen und aufreibenden Fleißes buchstäblich mit einer Hungersnot zu kämpfen. Woher diese ungeheure Verschärfung der Teuerung?

Der Futtermangel soll das verschuldet haben! Gewiß, die Ernte an Heu, Futtergetreide und Kartoffeln war schlecht. Aber soll deshalb ein ganzes Volk der bittersten Not preisgegeben werden? Wenn im eigenen Lande Futternot herrscht, dann müssen die dringend benötigten Futtermittel eingeführt werden, und das ist bei den vorhandenen Verkehrsmöglichkeiten nicht mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Dazu kommt, daß ein vorzügliche Roggenernte zu verzeichnen war. Deutschland hatte einen Ueberfluß an Roggen! Aber was nützt dem Volke die Möglichkeit, Futtermittel einzuführen und was nützt ihm der Ueberfluß an Roggen, der zur Linderung des Futtermangels und damit der Teuerung verwendet werden konnte, wenn es keinen Gebrauch von all den Möglichkeiten machen kann, weil es die — Agrarier nicht erlauben?! Es ist kaum zu glauben, aber doch ist es wahr: Die Futternot wird künstlich erhalten, die Preise für die Nahrungsmittel des Volkes werden künstlich in die Höhe getrieben!

Auch der Landwirtschaft war es gelungen, gleich der Großindustrie ihre Produktion zu vervielfachen. Während aber die Industrieerzeugnisse infolge der Steigerung der Produktivität verbilligt wurden, stiegen die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, besonders für Brotgetreide ununterbrochen. Dieser unnatürliche Vorgang war eine Folge der agrarischen Interessenpolitik und der agrarischen Gesetzgebung. Anstatt das Emporblühen der Landwirtschaft dem Volke nutzbar zu machen, treiben die Großagrarier Wuchergeschäfte, und die Regierung begünstigt sie. Anstatt die Versorgung des eigenen Volkes mit Nahrungsmitteln zu erleichtern und die Preise billiger zu gestalten, werden die wichtigsten Nahrungsmittel verteuert. Aber an das Ausland liefern die Agrarier die Nahrungsmittel billiger, und die Regierung belohnt solch gemeingefährliches Treiben noch aus den Mitteln des Staatsäckers! Es ist das System der Einfuhrscheine, das die Wuchergeschäfte mit den Nahrungsmitteln des Volkes ermöglicht.

Seit dem 1. März 1906 lasten erheblich höhere Zölle auf dem Getreide. So wurden die Zölle für Roggen von 3,50 Mk. auf 5,00 Mk. pro Doppelzentner erhöht, für Weizen von 3,50 Mk. auf 5,50 Mk., für Gerste von 2,00 Mk. auf 4,00 Mk., für Hafer von 2,80 Mk. auf 5,00 Mk. Dazu kommt, daß nicht nur für das eingeführte, also mit dem Zoll beschwerte Getreide der Betrag des Zolles zurückerstattet wird, wenn das eingeführte Getreide wieder ausgeführt werden soll. Nein, auch für das deutsche Getreide wird der Betrag des Zolles bei der Ausfuhr gezahlt. Die Auszahlung des Zollbetrages erfolgt durch Einfuhrscheine, für die wieder Getreide oder eine andere Ware mit dem gleichen Zollbetrage eingeführt werden kann. Die Einfuhrscheine sind baren Gelde gleich zu achten, wenn auch eine bare Herauszahlung durch die Zollbehörde nicht erfolgt.

Die Einfuhrscheine gestatten es den Großgrundbesitzern, die Preise für Getreide auf einer ihnen genehmen Höhe zu erhalten. Sie gestatten ihnen aber auch, das deutsche Getreide im Ausland billiger zu verkaufen, als es in Deutschland selbst geschieht.

Obendrein gewährt ihnen aber noch ein Ausnahmestafel für den Getreideexport erhebliche Vergünstigungen. Deutsches Getreide kann also durch recht erhebliche Vergütungen in Einfuhrschleusen nicht nur williger im Ausland verkauft werden, es wird zu diesem gemeingefährlichen und unnationalen Zweck auch noch von den Reichseisenbahnen zu bedeutend billigeren Frachttarifen an die Grenze befördert!

Kein Wunder, daß die Junker mit dem Ertrage deutschen Bodens und deutscher Arbeit, mit den Nahrungsmitteln des Volkes Wuchergeschäfte treiben. Was tut es, daß die Teuerung überhand nimmt, daß Futtermot, Fleisch- und Brotmangel über das eigene Land und das arbeitende Volk hereinbricht. Wenn nur das Reich und die Junker ihre Säcke dabei füllen. Das Volk hungert. Es zerfällt seine Kraft und übergibt seine Frauen, seine Kinder der kapitalistischen Ausbeutung, um — weiter zu hungern!

Alter nicht doch, ihr Herrn! Das Volk von heute ist nicht mehr das von ehemals. Es kann sich sehr wohl eine Vorstellung von der unsinnigen und gänzlich unbegründeten Verschwendung- und Genußsucht der besitzenden Klassen machen. Es weiß sehr wohl, was es mit der gottgewollten Ordnung für eine Bewandnis hat. Es kennt die Triebkräfte der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, einer Ordnung, die nur eine einzige unvernünftige und Menschen vernichtende Anordnung ist. Mit dieser Unordnung waßt sogar die bürgerliche Presse die Untätigkeit und Hilflosigkeit der Gesellschaft und der Regierung zu unschuldigen! So schreibt ein offizielles Berliner Blatt, die „Berliner Politischen Nachrichten“:

„Das überseeische gefrorene Fleisch ist für die englischen Verhältnisse, in denen der Großeinkauf und der Kleinverkauf ganz anders geregelt ist wie in Deutschland, geeignet; hier würd. es, ehe es auf den Tisch der Konsumenten kommt, ungenießbar sein.“

Das ist also die vielgepriesene Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die eine Ordnung der Dinge nicht herbeiführen kann. Die den furchtbaren Folgen der Futtermot und des Nahrungsmittel-mangels nicht gewachsen ist. Die durch eine hochgepriesene Wirtschaftspolitik das Volk an den wirtschaftlichen Ruin bringt und die das Volk für seine gerüttelte Arbeit hungern läßt. Und das alles finden die Verteidiger der kapitalistischen Gesellschaft ganz in der Ordnung!

Das arbeitende Volk aber und auch unsere Kollegenchaft beginnt, immer mehr die Unordnung

und Unsinnigkeit der bestehenden Zustände zu erkennen. Es erblickt in der zunehmenden Teuerung eine Begleitererscheinung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die nur zu sehr geeignet ist; die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände aufzuzeigen. Darum fordern wir energische Maßnahmen und werden in aller Kürze Abrechnung halten mit unsern Feinden.

Aus unserem Beruf.

Der Schutz der Zelluloidarbeiter.

Die Petition, welche der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes gemeinsam mit den Verbänden der Buchbinder und der Fabrikarbeiter an den Reichstag gerichtet hat, stand am 17. Oktober auf der Tagesordnung des Reichstages. Die „Holzarbeiterzeitung“ berichtet hierzu: Bei dieser Petition handelt es sich hauptsächlich um den Erlaß einer Bundesratsverordnung zum Schutz der Zelluloidarbeiter gegen Brandgefahr. Von den Zelluloidindustriellen war eine Gegenpetition eingereicht worden, und beide Petitionen waren am 12. Januar dieses Jahres Gegenstand der Verhandlung in der Petitionskommission. Wir haben hierüber in Nr. 4 der „Holzarbeiterzeitung“ ausführlich berichtet. (Auch die „Buchbinderzeitung“ brachte in Nr. 4 einen entsprechenden Bericht. D. Red.) In der Plenarsitzung des Reichstages scheint die Angelegenheit ohne Diskussion erledigt worden zu sein, denn in den Zeitungsberichten über die Sitzung vom 17. Oktober wird die Verhandlung dieser Petition gar nicht erwähnt. Wir erhalten von dem Beschluß des Reichstages nur Kenntnis durch die offizielle Mitteilung des Direktors beim Reichstag an unseren Verbandsvorstand, wonach der Antrag der Petitionskommission vom Plenum angenommen wurde. (An den Buchbinderverband als Mitpetenten ist eine Antwort nicht ergangen. D. Red.) Dieser Antrag geht dahin, die Petition der Arbeiterverbände, soweit sie eine Bundesratsverordnung für die Zelluloidindustrie verlangt, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Die übrigen Punkte der Petition sowie die Gegenpetition der Unternehmer sind dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Dieser Beschluß des Reichstages besagt, daß die Volksvertretung mit dem Verlangen der Arbeiter nach Erlaß einer Bundesratsverordnung einverstanden ist. Die den Zelluloidarbeitern drohenden Gefahren hält der Reichstag für so groß, daß er auch seinerseits den Reichskanzler ersucht, die Bitte der Arbeiter zu berücksichtigen. Nunmehr liegt es am Reichskanzler und am Bundesrat, ob dem Ersuchen

Gehör geschenkt werden soll. Man wird jedoch gut tun, an den Beschluß des Reichstages keine überschwenglichen Hoffnungen zu knüpfen. Die Mühlen des Bundesrats mahlen, wenn es sich um Maßnahmen im Interesse der Arbeiter handelt, sehr langsam, und es besteht im vorliegenden Falle durchaus keine Gewähr dafür, daß sie überhaupt Mehl geben. Wenn der Reichstag der Eingabe der Unternehmer auch nur geringere Bedeutung beigemessen und sie deshalb nur als Material überwiesen hat, so weiß man doch, daß Unternehmervünsche bei der Regierung viel leichter ein geneigtes Ohr finden als die Wünsche der Arbeiter, wenn diese auch mit noch so guten Argumenten gestützt werden. Gätt man dazu, daß in der Petitionskommission der Vertreter der Regierung sich gegen den Erlaß einer Bundesratsverordnung ausgesprochen hat, so ist unsere Hoffnung, daß die Bitte der Zelluloidarbeiter wirklich Berücksichtigung findet, sehr bescheiden. Selbstverständlich wird es uns um so mehr freuen, wenn sich unsere Befürchtungen als unbegründet erweisen.

Deutsche Bücher im Auslande.

Die Ausfuhr von deutschen Büchern geht neuerdings erheblich zurück. Sie belief sich in den Monaten Januar bis September 1911 auf 87 575 Doppelzentner gegen 91 428 Doppelzentner im Vorjahre. Dem Werte nach ergibt sich eine Abnahme von 35,24 auf 24,94 Millionen Mark. Von der diesjährigen Ausfuhr entfallen auf Oesterreich-Ungarn 36 573 Doppelzentner gegen 39 210 Doppelzentner im Vorjahre. Der Export nach der Schweiz ist von 12 561 Doppelzentner auf 13 671 Doppelzentner gestiegen. Nach den Vereinigten Staaten wurden 7327 Doppelzentner ausgeführt, das sind 393 Doppelzentner mehr als in der vorjährigen Vergleichsperiode. Die Ausfuhr nach Rußland ging von 7480 Doppelzentner auf 7372 Doppelzentner zurück. Auch das Exportgeschäft in Rusland erfährt eine Einschränkung. Es wurden im laufenden Jahre nur 9867 Doppelzentner ausgeführt gegen 10 848 Doppelzentner im Vorjahre. Dem Werte nach ergibt sich allerdings noch eine Steigerung von 3,85 auf 3,93 Millionen Mark. Besonders die Ausfuhr nach Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten war geringer als im Vorjahre.

Die Gewerbeaufsicht über die Papierindustrie im Königreich Sachsen 1910.

In der Papierindustrie, d. i. Papier- und Papierstoff-Fabrikation und -Verarbeitung wurden 957 Betriebe mit 39 995 Arbeitern (1909: 933 bezw. 37 916) gezählt. Mehr als zehn-

Vom Elend der Arbeiterkinder.

Schon unzählige Bücher sind über die Not und das Elend der erwachsenen Proletarier geschrieben worden: das Schicksal der in den Bergwerken, in den Fabriken, den Hochöfen, den Maschinenten, auf den ostelbischen Mittergütern ausgemergelten Arbeiter hat seine Schilderer gefunden, das furchtbare Los der proletarischen Hausfrau, auf deren schwachen Schultern die dreifache Last der Mutterschaft, der Hausarbeit und der Erwerbsarbeit lastet, der unehelichen Mutter aus dem Volke ist uns in erschütternden Darstellungen vor Augen geführt worden. Aber wenn auch in all diesen Werken Streiflichter auch auf das Los des jungen Nachwuchses fallen, der unter den dort gezeichneten Verhältnissen heranwächst, so hatte doch bisher noch niemand versucht, eine geschlossene Darstellung des Lebens und Leidens des proletarischen Kindes zu geben. Unser Parteigenosse Otto Mühl hat als erster diese Lücke ausgefüllt in einem soeben bei Albert Langen-München erschienenen, „Das proletarische Kind“ betitelten ganz ausgezeichneten Buche.

Wenn es möglich ist, daß ein einziges Buch in ein großes Dunkel der Einsicht Licht bringen, daß es harte Herzen erweichen, mit jenem Mitleid erfüllen kann, aus denen die befreiende Tat fließt, dann mußte dieses Buch Wunder wirken. Denn welcher Mensch, in dessen Brust auch nur ein Funken Mitleidempfinden mit den Leiden anderer lebt, welche Verdrießlichkeit, welche Regierung, die sich der sozialen Verantwortung, die auf ihren Schultern ruht, bewußt ist, könnte, dürfte angesichts der Summe von Qual und Jammer, die aus diesem Buche uns entgegenstreicht, doppelt furchtbar, weil sie die Allerschwächsten und Hilflosesten trifft, dreifach furchtbar, weil sie in der Jugend auch die Zukunft des Volkes vernichtet, noch pharisaisch die Hände im Schoße falten und erklären: das geht uns nichts an?

Sind es auch keine dem Sozialpolitiker absolut neuen Tatsachen, die Mühl vorbringt, so ist es doch neben der künstlerischen Kraft der Darstellung, die selbst dem trockensten statistischen Material, das in reichem Maße Verwendung findet, Leben einhaucht, die in dieser Zusammenfassung gegebene Häufung von Unmenslichkeiten und Graßlichem auf dem Haupt des unglücklichen Kindes aus dem Volke, die so unwiderstehlich ans Herz greift und dem Auge seine große Wirkung verleiht. Mühl zeigt uns, nachdem er einen Abriss der Entstehungsgeschichte des modernen Proletariats gegeben und die proletarische Familie als das Milieu, in dem das proletarische Kind heranwächst, kurz geschildert hat, dieses Kind auf seinem ganzen Lebenswege, der schon in Mutterleibe beginnt. „Es ist eine in ihrer Grausamkeit furchtbare und erschütternde Tatsache, daß das Proletarierkind schon in Mutterleibe hungern muß.“ Die Mutter, die sich selbst nicht die nötige Ruhe und Ernährung gönnen kann, kann auch dem in ihrem Schoße wachsenden Kinde nicht die zum Aufbau seines Körpers notwendigen Stoffe zuführen. Schwere, besonders bis in die letzte Zeit vor der Geburt fortgeführte Berufstätigkeit, Vergiftungen des mütterlichen Organismus durch gewerbliche Gifte (Quecksilber, Blei, Phosphor, Nikotin) führen in einer großen Zahl von Fällen Fehl- und Totgeburten herbei. Die lebend zur Welt gebrachten Kinder stehen, wie die Statistik beweist, in bezug auf Körpergröße und Gewicht fast durchweg hinter den Kindern von Frauen zurück, die sich gut nähren und schonen konnten. Kinder, deren Mütter in unangünstigen, gebückten Stellungen arbeiten mußten, kommen häufig mit Gliederverkümmungen zur Welt. Andere Belastungen, mit Skrofeln, Tuberkulose, nervöser Darmchwäche, treten hinzu.

So tritt das proletarische Kind, in den meisten Fällen bereits mit dem Keim des Absterbens ausgestattet, seinen Lebensweg an. Seine Benachteiligung setzt sich in der Wiege fort. Mund ein-

Schmel aller Kinder geht in Deutschland vor Erreichung des ersten Lebensjahres wieder zugrunde. Aber während in den Familien der Gutsituerten und Reichen die Säuglingssterblichkeit weit unter diesen Prozentsatz sinkt, steigt sie in denen der Armen hoch darüber hinaus, so daß in hochindustriellen Gegenden oft ein Drittel und mehr aller geborenen Kinder im Säuglingsalter wieder wegsterben. Kein Wunder: fehlt es hier doch oft an den allerwichtigsten Bedingungen zum Gedeihen der jungen Menschenschlange, an Luft, Licht, an der nötigen Pflege und, was das wichtigste, an der naturgemäßen Ernährung durch die Mutterbrust, weil diese infolge von Unterernährung der Mutter versiegt ist, oder weil die Mutter von ihrem Kinde fort in die Erwerbsfront mußte.

Ist das Proletarierkind den Gefahren des Säuglingsalters glücklich entronnen, so harren seiner neue Leiden und Qualen. „Die Mietkasserne seine Heimat. Die enge dampfende Stube sein Luftenthalt. Der kahle Hof sein Ausblick. Die StraÙe sein Tummelplatz. Sein Garten mit Blumen, Sandhaufen, Lauben und Spielgeräten. Keine Wiese am Bach. Kein Wald mit seinen lodenden Wundern und Geheimnissen. — Der Vater in der Fabrik. Die Mutter in der Fabrik. Zu Hause Unordnung, Schmutz und Dede. Der Ofen kalt. Der Brotkranz verschlossen. Kein liebes Wort, das ihm entgegenfällt. Keine milde Hand, die zärtlich es umfängt. In dieser Trostlosigkeit bleibt nur die StraÙe. . .“ Gewiß, nicht auf alle Proletarierheime trifft diese düstere Schilderung zu. Aber es gibt auch manche, wo es noch schlimmer ausfällt, wo ein dem Kränke ergobener Vater, eine kranke hustende Mutter die Summe körperlicher und seelischer Leiden der Kinder vollmachen. Am furchtbarsten aber sind die unehelichen Kinder davon, jene „Kinder der Liebe“, die unsere pharisaische Moralanschauung mit dem Makel der „unehelichen Geburt“ belegt hat, die, ohne väterlichen und oft genug ohne mütterlichen Schutz, über-

stündige Arbeitszeit wurde in dieser Gruppe 106 Betrieben für erwachsene Arbeiterinnen bewilligt, Sonntagsarbeit in der Papierindustrie 56, im Druckgewerbe 16 Betrieben.

Arbeiterinnen. Bezirk Dresden: Die Mitgabe von Arbeit in die Wohnung ist hauptsächlich in Luxuspapierwarenfabriken üblich. In einer solchen besteht achtstündige Arbeitszeit, und einem Teil der Arbeiterinnen wurde so viel Arbeit nach Hause gegeben, als in ungefähr zwei Stunden fertiggestellt werden kann. (D. Ned.) Es wurden 40 bis 50 Arbeiterinnen mehr eingestellt. — Bezirk Leipzig: Bei einer Revision wurde eine in anderen Umständen befindliche Arbeiterin an einer bei der Kartonnagenfabrikation zur Verwendung kommenden Gestaltmaschine mit Fußtritt beschäftigt angetroffen. Der Betriebsinhaber ist verurteilt worden, solche Arbeiterinnen nur mit leichten Arbeiten zu beschäftigen und auch den übrigen Arbeiterinnen diese anstrengende Tätigkeit nicht dauernd zuzumuten.

Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen. Bezirk Leipzig: Die Inhaber einer Papierwarenfabrik haben durch Anschlag den Genuß von Branntwein wegen der damit verbundenen Gefahr für das Leben der im Betriebe Beschäftigten verboten und den Arbeitern, die beim Holen von Branntwein betroffen werden, sofortige Entlassung angedroht. — Bezirk Bautzen: Die meisten Klagen veranlaßten das Fehlen der vorgeschriebenen abgeänderten Aufhänge und die nicht mehr zulässige eifstündige Beschäftigung von Arbeiterinnen an Wochentagen sowie die acht Stunden überschreitende an Sonnabenden. In letzterer Beziehung war mehrfach die Vornahme von Reinigungsarbeiten nach der eigentlichen Arbeitstätigkeit zu beanstanden. Die Arbeitgeber verneinten, hierzu befugt zu sein.

Gesundheitsschädliche Einflüsse. Bezirk Chemnitz: Die übliche Gewohnheit der Kartonnagenarbeiter, die aufzuklebenden Etiketten trotz der aufgestellten Anfeuchtschalen mit der Zunge zu benetzen, hat einen Internschmerz veranlaßt, eine Anfeuchtschale zu beschaffen, die sich gut bewährt.

Betriebsunfall. Bezirk Leipzig: In einer Papierfabrik war von einem Maschinenführer eine Schneidemaschine zur Vornahme einer Veränderung der Stellvorrichtung angehalten worden. Diese Pause benutzte eine 16 Jahre alte Wogenfängerin dazu, einige unter dem Quermesser eingeklemmte Papierschnitzel zu entfernen. Währenddem setzte der von ihr abgewendet stehende Maschinenführer die Schneidemaschine wieder in Gang, um besser zu einer Stellspindel gelangen zu können. Ehe die Wogenfängerin, die mit der rechten Hand zwischen Schutzblech und Quermesser gegriffen hatte, diese wieder zurückziehen konnte, schnitt ihr das Messer vier Finger dieser Hand ab.

all herumgestoßen und vernachlässigt ein jammervolles Dasein führen.

Auch das heranwachsende Proletariat bleibt in seiner Entwicklung hinter seinen besser situierten Altersgefährten zurück. Die armeligen Einkommensverhältnisse, vergrößert durch den sprichwörtlichen Kinderreichtum der Armen, gestatten nicht, den heranwachsenden Kindern eine genügend kräftige Ernährung zuteil werden zu lassen. So haben Messungen an Volksschülern ergeben, daß diese sowohl in bezug auf Größe als auch Gewicht hinter den Kindern aus höheren Schulen zurückstanden. Auch direkte körperliche Leiden stellen sich als Folgen der schlechten Ernährung und Pflege ein. Geschwülste, Sprachfehler, Augenleiden, Nüchternatmung, schlechte Zähne, Skrofuloze und Tuberkuloze, die ausgeprochene Wohnungsverhältnisse, finden sich nach ärztlichen Untersuchungen viel häufiger bei Volksschülern als bei den Schülern der höheren Schulen. Das Meer der jugendlichen Krüppel — 1907 wurden in Deutschland 89 782 jugendliche Krüppel gezählt — bevölkert in erster Linie die Hütten der Armen.

Hand in Hand mit der körperlichen geht die geistige Verkümmern. Längst nicht in allen Fällen ist Schwachmütigkeit angeboren. Sehr oft ist sie eine Folge körperlicher Erkrankungen. Nervalische Untersuchungen geistig minderwertiger Schulkinder stellen gleichzeitig ein ganzes Meer körperlicher Leiden bei diesen fest.

In dieses Dunkel und diese Qual bringt auch die Schule kein Licht, keine Abwechslung. Im Gegenteil! Der insbesondere auf unseren Volksschulen geübte Drill, die Vernichtung jedes selbständigen Denkens, die dort getrieben wird, hat dessen Vollprüfung des Gehirns mit dem besten Regel- und Formelkram, meist religiösen Inhalts, machen für ein geistig auch nur einigermaßen reges Kind den Aufenthalt dort zur Hölle.

Diese Uebelstände werden verschärft und sind zum Teil bedingt durch die wahnsinnige Ueberfüllung

Wohlfahrts-Einrichtungen. Eine Papierfabrik gewährt in den Genuß von Invaliden- oder Altersrente tretenden Arbeitern Rentenzuschüsse, und zwar Männern 20 Mk., Frauen 12 Mk. monatlich. — Zwei Papierfabriken gewähren den mindestens 20 Jahre ohne Unterbrechung bei ihnen tätig gewesenem Arbeitern und Arbeiterinnen, die wegen Unfall oder Krankheit oder hohen Alters arbeitsunfähig geworden sind, einen jährlichen Zuschuß zur Invaliden- oder Altersrente im Betrage von 200 Mk. — Eine Papierfabrik verteilte zu Weihnachten des Berichtsjahres wie in früheren Jahren 6000 Mk. — Bei der Aushändigung des Ehrenzeichens für Treue in der Arbeit an sechs Arbeiter einer Papierfabrik wurde einem jeden ein Geschenk von 500 Mk. überreicht und überdies bekannt gegeben, daß Arbeiter nach 10- bis 15-jähriger Arbeitszeit 20 Mk. jährlich, nach 15- bis 20-jähriger Arbeitszeit 25 Mk. jährlich und nach mehr als 20-jähriger Arbeitszeit 30 Mk. jährlich erhalten sollen. (Nach dem Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten.)

Arbeitslosen-Zuschkasse für Buchbinder und verwandte Berufe in Berlin.

Dem Geschäftsbericht dieser Kasse vom vergangenen Jahr entnehmen wir folgendes: Die Mitgliederzahl hat sich vermehrt von 862 auf 1010. Davon sind männlich 690 und weiblich 320. Das Klassenvermögen ist gestiegen von 4339,06 Mk. auf 6569,76 Mk. In Arbeitslosenunterstützung wurden 2634 Mk. verausgabt. Außerdem wurden an 3 Mitglieder als Ergänzungsunterstützung 45 Mk. gezahlt. 19 arbeitslose Mitglieder erhielten anlässlich der Maifeier je 3 Mk. gleich 57 Mk. Nach dem Bericht ist die Entwidlung der Vereinigung eine gesunde. Die Leitung der Kasse haben für das kommende Jahr nachbezeichnete Kollegen und Kolleginnen in Händen: 1. Vorsitzender Otto Wienick, Stellvertreter R. Herzog, Kassierer R. Seemann, Schriftführer N. Glabich, Beisitzer Glabich, Frißche und Kollegin Silberhorn, Revisoren Zünemann und Kollegin Schallert.

Lohnbewegung des Marktflecker-, Fahr- und Lagerpersonals in den Leipziger Buchbindereien.

Nach der „Leipziger Volkszeitung“ nahm eine Versammlung obiger Arbeiter Stellung zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Vor allem bedarf die geringe Entlohnung dringender einer Aufbesserung. Der größte Teil, darunter viele Familienväter, müssen sich noch mit einem Lohn von 20—25 Mk. begnügen. Hierzu kommt noch, daß ein großer Teil für die geleistete Ueberstundenarbeit entweder gar keine oder nur eine ganz geringe Bezahlung erhält. Auch sonst bleibt in verschiedenen Punkten noch vieles zu wünschen übrig.

Nach einer lebhaften Aussprache wurde beschlossen, entsprechende Forderungen an die Unternehmer einzureichen:

unserer Volksschulen. Unsere Gesellschaft, die jährlich Hunderte von Millionen für Meer und Flotte hinauswirft, besitzt nicht die Mittel, um genügend Lehrkräfte in den Volksschulen anstellen zu können. 1906 kamen im Deutschen Reich auf eine Lehrkraft in den Volksschulen 56 Schüler; auf dem Lande stieg aber die Zahl der Schüler oft auf 150 bis 200, ja noch darüber. In den höheren Schulen sieht es in dieser Beziehung nicht so schlimm aus: hier wurden nur 15 bis 20 Schüler auf eine Lehrkraft gezählt.

Das schwärzeste Kapitel im Buche des Kinderelends ist aber das von der kindlichen Erwerbsarbeit handelnde. In allen Ländern hat sich der Kapitalismus in seiner Freizeit mit der Schmach bedeckt, daß er Hunderttausende von Kindern aus ihrem Elternhaus, von ihren kindlichen Spielen weg in die Fabriken und Werkstätten, zum Lastenträgen, Treppenaufundniedertragen, auf die Kartoffel- und Milbenäcker gejagt hat. Wer erinnert sich nicht der grauenhaften Schilderungen, die Engels in seiner „Lage der arbeitenden Klassen in England“ von jenen unglücklichen Kindern entworfen hat. Es hat in Deutschland eines mehr als 70-jährigen Kampfes bedurft, um dem Kapitalismus diese kleinsten Opfer zum Teil wenigstens aus dem Nacken zu reißen. Aber trotzdem bei uns jetzt die Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren durch Gesetz verboten ist, wurden 1908 immer noch 5159 Knaben und 3841 Mädchen unter 14 Jahren in Fabrikbetrieben ermittelte; nach Zehntausenden zählen immer noch die Kinder, die als Frühfrühausträger, Zeitungsträger, Kleingelungen, Boten usw. tätig sind; von den Hunderttausenden ganz zu schweigen, die in der Landwirtschaft, für die jenes Verbot nicht gilt, ihr junges Leben dem Profitgierigen der Unternehmer zum Opfer bringen müssen. Besonders unsere Schulheer wissen ein Vieh von dem schädlichen Einfluß der Erwerbsarbeit auf Fleiß und Aufmerksamkeit ihrer Schüler zu fingen.

Mühle zeigt uns auch, wie das proletarische Kind

Der Mindestlohn soll 25 Mk. pro Woche betragen. Für alle Arbeiter, die diesen Mindestlohn oder schon mehr erhalten, erfolgt eine sofortige Zulage von 3 Mk. pro Person und Woche.

Die tägliche Arbeitszeit soll ausschließlich der Pausen 9 1/2 Stunden dauern.

Alle Arbeiten nach der festgesetzten Arbeitszeit sollen extra entschädigt werden.

In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es unter anderem:

Von den Gehilfen in den Buchbindereien erwarten wir, daß sie uns ihre moralische Unterstützung bei dieser Bewegung nicht versagen werden und vor allem das in Betracht kommende Personal, mit dem sie in ständiger Fühlung stehen, auf ihre Organisationszugehörigkeit aufmerksam machen.“

Die Tariffbewegung in der Berliner Geschäftsbuchbranche.

(Schluß.)

Nachdem der Tarif der Arbeitgeber — welcher den Anschein erweckt, abgeschlossen zu sein — den Werkstufenvertrauenspersonen zur Kenntnis kam, bemüht sich der Mitglieder eine begriffliche Erzeugung. Nennenswerte Zugeständnisse in materieller Beziehung, welche den in den letzten 5 Jahren verteuerten Lebensverhältnissen Rechnung tragen, waren nicht in demselben enthalten. Auch in den anderen Bestimmungen des Tarifs waren den Arbeitnehmern nur Pflichten auferlegt. Mit Recht erklärten selbst die alten Akkordarbeiter, die Jahrzehnte in den Betrieben frondeten, unter keinen Umständen unter solchen vertraglichen Verhältnissen zu arbeiten. Lieber ohne Tarif arbeiten, als rechtlos unter dieser Gefindordnung! So lautete die Parole; so wirkten die Forderungen der Arbeitgeber!

Die Verhandlungen, die am 12. und 13. September in Unwesenheit des Syndikus des Vereines Berliner Buchdruckerbetriebe stattfanden, beschäftigten sich vornehmlich mit den Forderungen der Arbeitgeber, die Arbeitszeit, Tarifdauer und Ablaufstermin wie im Buchdruckeramt zu regeln. Trotz mehrstündiger Debatte verharteten die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt. Ein Zurückstellen dieser strittigen Punkte bis nach der Regelung der anderen vertraglichen Bestimmungen und der Einigung über die Zeitzölne wurde strikte abgelehnt. Wohl fand eine Aussprache über die Zeitzölne statt; zu einer endgültigen Einigung über diese kam es aber nicht. — Am Abend des 12. September fand eine Besprechung der Arbeitervertreter mit den Vertrauenspersonen der Werkstufen statt, in der diese prinzipiellen Forderungen der Unternehmer mit 26 gegen 1 Stimme abermals abgelehnt wurden. Die Abstimmung wurde nach Werkstufen vorgenommen, so daß jede Werkstufe nur eine Stimme abgab. Dieses Resultat wurde am 13. September in der Sitzung mit

auf der Straße, in der Schule, ja oft im Hause selbst (Schlafgängerwefen) schlechten moralischen Einflüssen ausgesetzt ist, die es nur zu leicht auf die schiefen Ebene des Lasters und Verbrochens führen. Hat dann der unglückliche Junge etwas angestellt, ist das frühere Mädchen von der Bahn der Tugend abgewichen, dann wandern sie ins Gefängnis oder, was vielleicht noch schlimmer, in „Fürsorgeerziehung“, wo den unglücklichen Kindern der letzte Rest von Ehr- und Schamgefühl, von Menschenwürde aus dem Leibe geprengelt wird. Ist es doch eine bekannte Tatsache, daß ein großer Teil der ehemaligen Fürsorgezöglinge später die Zuchthäuser bevölkert.

Was tut nun die Gesellschaft gegen all diese Zuchtbarkeiten? Fast nichts. Sie verabsolgt „weiße Salbe“ in Form von einigen Kindergärten und Kinderhorten, von längst nicht in genügender Maße gewählten Schulpfaisungen. Und doch könnte selbst innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung so ungeheuer viel geschehen, um das Los der kleinen Proletariatspfaisungen zu erleichtern, ihrer Stintheit ein wenig von dem goldenen Schein zurückzugeben, der nach der Ansicht aller Poeten die Zeit der Jugend verlobet. Unzählige Opfer könnten erpart, Tränen getrocknet, geknickte Blumen wieder aufgerichtet werden. Wird das Buch Mühles in diesem Sinne wirken? Wird es die Herzen öffnen und zur Tat entflammen?

Wir dürfen es kaum hoffen. Aber eins wissen wir, daß dieses Buch uns eine gute Waffe sein wird in dem Kampfe um eine Neuordnung der Dinge. Auch beim kommenden Reichstagswahlkampf werden die in ihm gesammelten Zahlen und Tatsachen unsere Genossen ein wertvolles Müßzeug bilden. Sie werden uns kämpfen helfen um eine Welt, die keine verhungerten, keine verkrüppelten, keine geschundenen Kinder mehr kennen wird, in der das Mädchenland der Jugend wieder in sonnigem Glanze stehen wird!

den Unternehmern diesen mitgeteilt. Trotzdem schloß sich noch eine mehrstündige Verhandlung an diesen Punkt an. Immer wieder wurde von den Unternehmern auf den Tarif vom 21. Juli d. J. hingewiesen — in dem die Zahlstelle Berlin die gleichen Bestimmungen akzeptiert hatte — um auch für die Geschäftsbüchbranche diese Bestimmungen einzuführen. Die Sitzung wurde, da eine Zustimmung der Arbeiter nicht erreicht werden konnte, von Herrn Wshelm mit den Worten geschlossen, daß die friedlichen Verhandlungen als gescheitert zu betrachten sind.

Eine am Abend des 13. September abgehaltene Sitzung der Werkstübentrustenpersonen nahm zu der nun eingetretenen Situation Stellung, revidierte die erhobenen Forderungen im Entwurf vom 23. Mai auf das Maß dessen, was ohne Arbeitseinstellung in materieller Hinsicht erreichbar erschien und sandte diesen revidierten Vertrag an alle der Vereinigung Berliner Buchbindermeister des Geschäftsbüchereifaches nicht angeschlossenen Betriebe nebst einem Begleitschreiben, in dem darauf hingewiesen wurde, daß dieser revidierte Vertrag das enthält, worüber eine Einigung in Aussicht gestellt war. Die Vereinigung erhielt davon wahrnehmlich durch eine Firma, welche erst Mitglied wurde, nachdem sie in eine G. m. b. H. umgewandelt worden war, Kenntnis und behauptete in einem Zirkular an die aufstehenden Firmen, daß die Arbeitnehmer ihnen unwahre Mitteilungen zugehen ließen. Eine Wirkung hatte dieses Zirkular nicht. 11 Firmen mit circa 250 Beschäftigten erkannten den Tarifvertrag vom 18. September d. J. unterschriftlich an und schlossen mit der Arbeiterschaft Frieden. Diese Firmen gaben ihrer Verwunderung Ausdruck, daß ein so unwesentliches Moment, wie der Ablaufstermin, durch das Verhalten der Vereinigung zum Kampfbjekt gemacht werde. Sie verstanden die Haltung der Arbeiterschaft, welche sich etwas, was 11 Jahre bestand, ohne einen Differenzpunkt zu bilden, nicht verändern lassen wollte. Diesen Firmen war der Ablaufstermin gleichgültig, da sie es gewohnt sind, mit ihrem Personal sich friedlich zu verständigen.

Am 25. September erhielt die Organisation von der Vereinigung offiziell die Mitteilung, daß diese beschlossen hat: „Die Betriebe mit Buchdruckereien erkennen den Tarif vom 21. Juli d. J. als für sich bindend an, während ein Betrieb ohne Buchdruckerei den Buchbindertarif anerkennen wird.“ Durch die Organisation wurde den Unternehmern mitgeteilt, daß auch dieser Vorschlag nicht akzeptiert werden kann, da der Tarif vom 21. Juli d. J. nicht für die Geschäftsbüchbranche abgeschlossen ist, deren Arbeitsverhältnis darin auch nicht ausreichend geregelt wird und die Branche auch auf dem Standpunkt steht und daran festhält, nur das für sich bindend anzuerkennen, an dessen Abschluß sie resp. ihre Vertreter mitgewirkt haben. Daraufhin wurden am 28. September die Organisationsvertreter plötzlich zu Herrn Elsner, Vorsitzenden der Verhandlungskommission des Tarifs vom 21. Juli d. J., gerufen, um eine Vermittelung zwischen den streitenden Parteien anzubahnen. Herr Elsner betrat dort die Ansicht, daß eine Arbeitsüberlegung ohne vorherige Entscheidung des Schiedsgerichts unzulässig sei, wenn die Mitglieder der Vereinigung den Tarif anerkennen, den der Verein Berliner Buchbindermeister mit der Zahlstelle Berlin abgeschlossen habe. Von welchen Rechtsgrundlagen man dabei ausging, wurde selbst auf ausdrückliches Verlangen nicht gesagt. Ein Unternehmer ging sogar dabei soweit, die Arbeiter in diesem Falle des Tarifbruchs zu beschuldigen und die Aufhebung des Tarifs vom 21. Juli 1911 in Aussicht zu stellen. Ebensovwenig ging man darauf ein, Ergänzungsbestimmungen zu schaffen und konnte auch nicht einsehen, daß dieser Tarif das Arbeitsverhältnis der Geschäftsbücharbeiter und -arbeiterinnen nicht ausreichend regelt. Es hieß, der Vertrag müsse akzeptiert werden.

Zu der am 29. September abgehaltenen Branchenversammlung beabsichtigte die Branchenleitung trotzdem — um eine Arbeitseinstellung zu vermeiden und um Schaffung von Ergänzungsbestimmungen zu erzielen — nochmals an die Unternehmer heranzutreten und einen friedlichen Ausgleich zu erstreben. Die Versammlung akzeptierten diesen Vorschlag nicht, sondern beschloßen mit 209 gegen 89 Stimmen, am 2. Oktober die Arbeit ruhen zu lassen. In der Abstimmung beteiligten sich nur die Personale der Betriebe, welche noch nicht bewilligt hatten.

Am Montag, den 2. Oktober, legten 150 Arbeiter und 250 Arbeiterinnen die Arbeit einmütig nieder. In einer großen Reihe Probingsblätter erschienen die Inserate der Berliner Firmen nach Personal zu Tariflöhnen und es gelang ihnen, eine Anzahl jener arbeitswilligen Elemente heranzuziehen. Auch Mitglieder unseres Verbandes — man muß sagen: sehr eifrige Leser der „Buchbinder-Zeitung“ —

gingen auf den Heim, verließen jedoch sehr bald wieder die Betriebe. Am 4. Oktober unternahm der Vorstand des Vereins Berliner Buchbindermeister einen Vermittlungsversuch und wurden in dieser Verhandlung Ergänzungsbestimmungen vereinbart, welche die Einzeihung der Linierer, selbständigen Liniererinnen und Paginiererinnen unter die Spezialarbeiter und die Anlegerinnen an den Liniermaschinen unter die geübten Arbeiterinnen bewirkte. Außerdem wurde die Montagearbeit geregelt und für das Arbeitsverhältnis der Affordarbeiter entsprechende Bestimmungen geschaffen, desgleichen ein Schlichtungsausschuß für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und Auslegung der Bestimmungen der Werkstübenträge mit den Rechten eines Schiedsgerichts.

Damit war die Selbständigkeit der Branche als Tariffontzahn und ihre Mitwirkung bei der Erneuerung des Vertrages erzielt, was durch die Taktik der Unternehmer — wenn auch von ihnen nicht beabsichtigt — in Frage gestellt war. Die materielle Wirkung der Erhöhung der Zeitlöhne pro Woche für die gesamten Zeitlohnarbeiter und -arbeiterinnen beträgt schätzungsweise auf Grund des Ergebnisses der Statistik vom Frühjahr dieses Jahres für 137 Arbeiter 348,60 M., für 173 Arbeiterinnen 353,26 M., zusammen 701,86 M. Die genauen Zahlen werden durch eine besondere Statistik ermittelt. Bei den Beratungen der Werkstübenauffordariate sollen die minderbezahlten Affordpreise bis zu 10 Proz. aufgebessert werden. Werden Preise für neue Arbeiten vereinbart, so behalten dieselben während der Tarifdauer Gültigkeit. Damit kann der Abschluß der Tarifbewegung für die Arbeitnehmer — wenn auch nicht alle Hoffnungen erfüllt wurden — in materieller Beziehung als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Nun noch einige Worte zu einem Artikel in der Zeitschrift des Werkmeisterverbandes. Der Artikel, gez. K. Kr., sagt den Vertretern der Arbeiter in der Verhandlung mit den Unternehmern einen nicht „feinen“ Ton nach und läßt durchblicken, daß die Verhandlungen mit gescheitert sind. Desgleichen wird der Zustand beurteilt und als ein Spiel mit dem Feuer bezeichnet. Daß die Werkmeister in dieser Branche dem Personal gegenüber einen feinen Ton anschlagen, darüber ist noch nicht geklagt worden. Es könnte eine ganze Blütenlese von Kasernensofausbrüchen zusammengestellt werden, wenn wir uns wie K. Kr. als Hüter des feinen Tons gerieren wollten. Wenn der Artikelschreiber — der noch vor 1 1/2 Jahren Mitglied der Tarifkommission war — sich so abfällig über den Zustand äußert, so sei ihm seine Haltung im Jahre 1906 in Erinnerung gerufen. Damals betrat er den Standpunkt, daß die Arbeit eingestellt werden müßte und opponierte gegen bewährte Mitglieder des Tarifschiedsgerichts, um es besser zu machen und — ist Werkführer geworden! K. Kr. muß es nun schon mal den Mitgliedern und den Funktionären des Deutschen Buchbinder-Verbandes überlassen, wie sie eine Lohnbewegung führen wollen. Seinen Rat werden diese nicht einholen.

Als Späne des Schlachtfeldes erschien nunmehr noch Herr Lebius auf dem Plan, der den Unternehmern der Geschäftsbüchbranche das Organ der gelben Gewerkschaften zum Monnoment für ihre Personale empfahl als wirkungsvolles Mittel gegen die Streiklust, gegen Terrorismus, gegen die freien Gewerkschaften, gegen die Sozialdemokratie usw. Aber Herr Lebius, dem ehemaligen Sozialdemokraten, der sich noch 1904 um die Richterstattung über die Verhandlungen des in Dresden abgehaltenen Verbandstages bewarb, werden unter den Berliner Buchbindern die Erfolge seines Liebeswervens ausbleiben. Die Geschäftsbücharbeiter und -arbeiterinnen wissen den Buchbinderverband zu schätzen. Viele unter ihnen haben seinerzeit bei dessen Gründung mitgewirkt und sind es noch diese Alten, welche sich nicht scheuen, wieder mit an die erste Stelle zu treten.

Internationales.

Belgien. In Brüssel haben in einem der größten graphischen Betriebe 200 Buchbinder, Lithographen und Steindrucker die Arbeit niedergelegt, wovon 59 Mitglieder dem Buchbinderverbande angehören. Es betrifft die Firma Gomvelous frere et soeur. Wenn es der Firma nicht gelingen sollte, ihre Arbeiten in einem anderen Lande herstellen zu lassen, wird sie nach kurzer Zeit nachzugeben gezwungen sein, denn in Belgien wird sie damit kein Glück haben, da selbst in einer anderen Brüsseler Firma die Arbeiter, obgleich sie zum größten Teil nicht organisiert waren, die Streikarbeit verweigerten und die Zahl der Streikenden vermehrten.

Korrespondenzen.

Gesperret sind:

- Deutschland:**
 - Berlin (für Kontobucharbeiter und Arbeiterinnen); (Stella-Verlag, Buchbinderei).
 - Böhmum (Buchbinder und Arbeiterinnen).
 - Chemnitz (für Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).
 - Hildesheim (Firma Borgmeyer).
 - Leipzig (Firma Pinkan u. Co.).
- Österreich:**
 - Sarajevo (Buchbinder u. Arbeiterinnen).
- Deutschland:**
 - St. Pölten (Fa. Th. Wunderbaldiger jr.).
- Schweiz:**
 - Arbon (Firma A. B. Heine).
 - Korschach (Firma Feldmühle).
- Serbien:**
 - Belgrad (Firma M. Wasper, Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).
- Ungarn:**
 - Budapest (Lebergalanteriewarenarbeiter und Arbeiterinnen).

Infolge Lohnbewegungen ist Bezug fernzuhalten von:

- Deutschland:**
 - Kassel (Buchbinder und Arbeiterinnen).
- Österreich:**
 - Laibach (Buchbinder und Arbeiterinnen).
 - Reichenberg (Buchbinder- und Arbeiterinnen).

Vor Arbeitsannahme erkundigen:

- Deutschland:**
 - Riel (Buchbinder und Arbeiterinnen);
 - Duedlinburg (Erkundigung beim Gauvorkstand in Magdeburg).
 - Gau VI/VII (für den ganzen Gaubezirk erkundigen beim Gauvorkstand in Hamburg).
 - Gau IX (Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen müssen sich beim Gauvorkstand in Erfurt erkundigen).
- Schweiz:**
 - Zürich (Buchbinder).
 - Freiburg (Buchbinder).
 - Genf (Buchbinder, Kartonnagen- und Stenarbeiter- und Arbeiterinnen).

Gau VI/VII. Vor Arbeitsannahme im ganzen Gaubezirk, insbesondere in Lüneburg und Sphoebe ist wegen Lohnbewegung beim Gaubevollmächtigten in Hamburg Erkundigung einzuziehen.

Gau XII. Infolge überaus schlechter Arbeitsverhältnisse liegt es im Interesse jedes Verbandsmitgliedes, sich vor Annahme von Arbeit nach Adorf i. Bogtl. und nach Oberwiesenthal i. Erzgebirge beim Gauleiter in Chemnitz nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen.

Gau 6/7. Da die Ausgaben für den Lebensunterhalt seit unserer Lohnbewegung im Jahre 1909 bedeutend gestiegen sind und in diesem Winter noch eine ganz bedeutende Steigerung der allernotwendigsten Lebensmittel und Gebrauchsgüter zu erwarten ist, so reichen wir in sämtlichen Orten unseres Gaubezirks bei den Arbeitgeber die Forderung ein, die Löhne um 10 Proz. zu erhöhen. Des weiteren ersuchten wir, die Arbeitszeit auf täglich neun Stunden zu bemessen.

Inzwischen haben nun in Garburg mit den Arbeitgebern Verhandlungen stattgefunden, die dazu führten, daß die Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden auf 9 Stunden herabgesetzt, die Minimallohne um 2 M. erhöht wurden. Allen anderen Gehilfen wird eine Zulage gegeben. Der Vertrag wurde von der Buchbinderinnung auf 5 Jahre vorgezogen. Da diese Zusage von den Gehilfen energisch zurückgewiesen wurde, so einigten wir uns mit der Innung auf

5 Jahre. In den Buchdruckereien beträgt der Minimallohn 27 Mk., in den Buchbindereien 25 Mk.

In Lüneburg forderten die Gehilfen ebenfalls 27 Mk. Minimallohn und 10 Proz. Lohn-erhöhung für alle diejenigen, die den Lohn schon haben. Die Arbeitszeit beträgt noch 9 1/2 Stunden pro Tag, hier wird ebenfalls die neunmündige Arbeitszeit verlangt. Die Arbeitgeber haben sich zum Abschluß eines neuen Tarifies bereit erklärt, wollen aber erst im Dezember hierüber verhandeln. Die Gehilfen sehen dies als ein Günstiges in die flaute Zeit an und dringen auf sofortige Verhandlung, anderenfalls die Kündigung eingereicht werden soll.

Aus F h o e liegt eine Erklärung von den Arbeitgebern bis zur Stunde nicht vor. Die Arbeitszeit beträgt hier noch 9 1/2 Stunden täglich. Die Löhne sind durchschnittlich 24 Mk. für Gehilfen, daher dringend der Aufbesserung bedürftig.

Die Anerkennung des Tarifs wurde in folgenden Orten erklärt: R e e k i. S., S t r e l i k. M., W i n s e n a. d. L., W l u m e n t h a l i. G a n n., N e u s t a d t i. M e d l b., A p e n r a d e, W e d e l, F o n d e r n u n d G e e t h a c h t. In vorstehenden sowie in einigen kleineren Orten haben die Kollegen Zulagen bis zu 3 Mk. erhalten. Eine Arbeitszeitverkürzung wurde — bis zu 3 Stunden täglich an einem Orte — erreicht.

In S o l t a u erhielt der Kollege an Stelle der bewilligten Forderung von der Firma Buchdruckerei M u n d s c h e n d die Kündigung. Die Firma bleibt bis auf weiteres gesperrt.

Bis jetzt hat die Bewegung für die Kollegenschaft gute Erfolge gebracht; in einer Reihe anderer Orte stehen jedoch die Mitteilungen noch aus, weshalb wir unsere Kollegen auffordern, überall die Bewilligung des Tarifes zu verlangen und umgehend dem Gewerkschaftsamt Mitteilung zu geben. Die Kollegenschaft Deutschlands ersuchen wir, Stellung nach Gau 6/7 auf keinen Fall ohne Erkundigung in Hamburg anzunehmen, denn nur so kann der Sieg uns werden.

G o t t a. Dem G o t t h a e r „V o l k s b l a t t“ entnehmen wir folgende Notiz:

In der Buchfabrik von J. W. Lang scheinen ernste Differenzen zwischen der Arbeiterchaft und dem Inhaber der Firma, Herrn Ziegler, unvermeidlich zu sein, falls Herr Ziegler, an dessen Wort wir bisher nicht gezweifelt haben, es für gut befinden, das seinem Personal gegebene Versprechen, eine friedliche Lösung der tariflichen Angelegenheiten herbeizuführen (nicht einhalten sollte). So soll das wohl ergänzt werden. D. M e d. b., M.-Z.). Wir hoffen jedoch auf Grund des von Herrn Ziegler gegebenen Wortes, daß es zu einer Einigung kommt und zum Vorteil beider Parteien möglich sein wird, auf friedlichem Wege die Angelegenheit zu regeln.

M ü l h a u s e n. Nachdem schon im Laufe des Jahres einige Agitationsversammlungen hier stattfanden, wurde am Sonntag, den 29. Oktober, zur Gründung einer Zählstelle geschriftet. Kollege Schröder-Lahre führte den Anwesenden nochmals die Notwendigkeit der Organisation vor Augen. Die großen Fortschritte, welche unser Verband in allen Städten Deutschlands mache, müsse auch ein Ansporn für die Mülhäufer sein. Aus der Vorstandswahl gingen hervor die Kollegen Th. West als Vorsitzender, E. Holz als Kassierer, Oströmsky als Schriftführer, Wühler und Claer als Beisitzer. Die Zählstelle, die mit 20 Mitgliedern ins Leben tritt, verspricht ein starker Ast am Baum der Organisation zu werden. So konnte Schröder mit dem allen Anwesenden zu Herzen gehenden Wunsch die Versammlung schließen: daß die Zählstelle Mülhausen blühen und gedeihen möge und sich stets würdig der großen Arbeiterbewegung zeigen möge.

S c h l e i z. Die jüngste Zählstelle unseres Verbandes hielt am 4. November eine weitere Versammlung ab, die sich eines guten Besuches erfreute. Zinke-Leipzig referierte über: „Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung“ und fand ungeteilten Beifall. 10 Neuaufnahmen, denen sich am Sonntag noch vier weitere zugesellten, bildeten den Erfolg der Versammlung, so daß sich unsere Vorhut im reußischen Oberlande auf rund 50 Mitglieder stellt. Da sich unter diesen namentlich unsere alten Kollegen befinden, glauben wir, der Zählstelle mit Recht ein günstiges Prognostikon für die Zukunft in Aussicht stellen zu dürfen. Wir geben der Erwartung Raum, daß die Schleiizer Kollegen und Kolleginnen eifrig bemüht sein werden, die Zählstelle zu einem würdigen und dauernden Gliede in der Kette des Gesamtverbandes auszubauen. — Anschließend an die öffentliche Versammlung fand die erste Generalversammlung statt, in welcher die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen und der Anschluß an das Gewerkschaftsamt beschlossen wurde. Die neue Verwaltung findet nach ein weites Arbeitsfeld vor. Wünschen wir ihr, daß sie sich jederzeit der Unterstützung durch die Gesamtheit erfreuen möge. — Der in Nr. 44 der „Buchbinder-Zeitung“ enthaltene Bericht stellte fest, daß sich der Durchschnittslohn für Afford- und Stundenarbeiter auf etwa 33 Pf. stellen

dürfte. Diese Bemerkung ist der Firma Webers Nachf. Veranlassung gewesen, aus ihren Lohnlisten herauszustellen, daß sich in ihrem Betriebe ein Durchschnittsverdienst für Affordarbeiter von 44 1/2 Pf. und für Lohnarbeiter von 38 1/2 Pf. pro Stunde ergibt. Wir haben keine Ursache, an diesen Angaben zu zweifeln, bemerken aber, daß unser Bericht von den in S c h l e i z erzielten Durchschnittsverdiensten sprach und damit glauben wir nicht allzu weit neben das Ziel getroffen zu haben, wenn bei der Berechnung des Durchschnitts verschiedene angemessen verdienende Spezialarbeiter ausgeschaltet werden.

S o n n e b e r g. Die am 29. Oktober stattgefundene öffentliche Versammlung hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Kollege Zinke-Leipzig referierte über: „Was lehren uns die Erfolge der Gewerkschaften?“, wobei er hauptsächlich die Erfolge und Leistungen unseres Verbandes erläuterte. Der Befall am Schluß seiner Ausführungen bewies, daß die Anwesenden von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt waren. Es meldeten wieder 11 Kollegen ihren Beitritt, so daß unsere erst neu gegründete Zählstelle 35 Mitglieder zählt. In der sich anschließenden freien Aussprache verhandelten die Kollegen, in eine rege Agitation einzutreten, um unsere Zählstelle zu einem Wachsfaktor gegen die Schikanen und Lohnrückereien der Unternehmer zu gestalten.

In der am 16. Oktober stattgefundenen Versammlung wurden die Vorstandswahlen vorgenommen und sind folgende Kollegen gewählt: erster Vorsitzender Otto Müller, zweiter Vorsitzender Hermann Hebler, Kassierer Gustav Friedel, Schriftführer Ernst Neuf, Revisoren Albert Büchner und Andr. Bergmann. Als Hauskassierer wurde Adolf Hofmann bestimmt.

B e r l i n. Die Branchenversammlung der Album-, Mappen- und Galanteriewarenarbeiter und -arbeiterinnen vom 1. November hörte zunächst einen kurzen Vortrag, der beifällig aufgenommen wurde. Nachdem wurde Stellung genommen zu der Haltung der Unternehmer in bezug auf die Erfüllung ihrer Vertragspflichten. Zu Beginn des Artikels „Die Lohnkämpfe in der Berliner Album-, Mappen- und Galanteriewarenindustrie“ in Nr. 44 der „Buchbinder-Zeitung“ ist auf die Differenzen mit der Firma C. Hochbaum hingewiesen worden. Wir können die Entwicklungsgeschichte des Streitesfalls darum hier übergehen. Die Schlichtungskommission, die sich mit der tarifwidrigen Aussperrung bei dieser Firma zu beschäftigen hatte, kam nach eingehender Prüfung und ausführlicher Beweisaufnahme zu dem Ergebnis, daß die Entlassung von 9 der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen als Maßregelung zu betrachten und die davon Betroffenen entsprechend den Vorschriften des Tarifvertrages von den Arbeitgebern zu entschädigen sind. Vorgänge, die dem Arbeitgeber zum Teil nachgelassen vor der Entlassung der Arbeiter bekannt gewesen sind, wurden zur Begründung der Entlassung herangezogen und von der Schlichtungskommission entgegen dem Gesetz auch als Entlassungsgründe anerkannt. Doch nur 6 der entlassenen Arbeiter konnten damit belastet werden und bei ihnen wurde die Maßregelung verneint. Diese Entscheidung befriedigt jedoch die Unternehmer nicht. Die Unternehmervereinigung hat, obwohl gerade in diesem Falle sich die Entlassungen des größten Teiles der Arbeiter völlig offenkundig als Maßregelungen zeigten, es für angängig gehalten, gegen die Entscheidung der Schlichtungskommission Verufung an das Einigungsamt einzulegen. Die Fabrikantenvereinigung vertritt eeben den Standpunkt, daß der Arbeitgeber unter allen Umständen Recht bekommen muß. Dieser Standpunkt wird auch von den Arbeitgeberbeisitzern in der Schlichtungskommission in aller Konsequenz vertreten, so daß es dem der Kommission vorstehenden Gewerkschaftler selbst in zwei bis drei Stunden laugen Beratungen nicht gelingt, sie zu einer objektiven Beurteilung der Streitfragen zu bewegen. Es fehlt sich deshalb auch kein Gewerkschaftler nach der undankbaren Aufgabe, den Vorsitz in der Schlichtungskommission zu übernehmen. Seit Monatsfrist schweben bei der Schlichtungskommission einige von den Arbeitnehmern anhängig gemachte Klagen, ohne daß bisher eine Verhandlung derselben möglich war. Ja, selbst das Zustandekommen einer Sitzung wird von der Arbeitgeberorganisation nach Möglichkeit zu vereiteln gesucht, indem sie in gänzlich unbegründeter Weise die Zuständigkeit der Schlichtungskommission bestrittet. So ist gegen die Firma Jaedel u. Fuchs, deren Inhaber Vorstandsmittglied der Arbeitgebervereinigung ist, Klage erhoben worden, weil sie die Vertragspflichten nicht voll erfüllt. Da kommt nun die Arbeitgeberorganisation und behauptet, daß die Firma hauptsächlich Portefeuillesarbeiter beschäftigt; deshalb sei die Schlichtungskommission für die Portefeuillesindustrie und nicht die der Album-, Mappen- und Galanteriewarenindustrie zuständig. Daß die Firma Galanteriewarenarbeiter beschäftigt, wird aber von der Unternehmervereini-

gung nicht bestritten. Der Zweck der Uebung ist klar. Es soll der für die Arbeiter ungünstigere Tarifvertrag für die Portefeuillesindustrie auf die Arbeiterchaft dieses Betriebes angewandt werden. So werden die Arbeiter um ihre mühsam erkämpften Erfolge zu bringen verjucht.

Die Versammlung war sich darin einig, daß der Buchbinderverband sich ein derartiges Verhalten der Arbeitgeberorganisation nicht gefallen lassen darf und sie stellen muß, um ihr klar zu machen, daß sie nicht glauben solle, daß der Tarifvertrag nur dazu da sei, um die Arbeiterchaft an Händen und Füßen gebunden den Unternehmern auszuliefern. Die Schlichtungskommission hat die Aufgabe, Streits und Aussperrungen zu verhüten. Hindert die Unternehmerorganisation die Schlichtungskommission noch weiter in ihrer Tätigkeit, so werden die Unternehmer sich die Folgen dieser Handlungsweise auch zuzuschreiben haben.

H a g e n i. W e i s s. Soll eine Zählstelle gut gedeihen und die Ortsverwaltung auch Freude an ihrer mühevollen Arbeit haben, so gehört dazu auch die Mitarbeit der ganzen Kollegenschaft. Diese ist zum mindesten verpflichtet, vierzehntägig sich einmal der Organisation zu widmen und ihre Anteilnahme durch guten Versammlungsbesuch zu zeigen. Das aber können wir in Hagen leider nicht feststellen. Eine solche Laueheit im Versammlungsbesuch ist schon seit Jahren nicht dagewesen. Wenn wir nun hoffen, es würde in den Wintermonaten besser gehen, so sahen wir uns in der letzten Generalversammlung vom 28. Oktober sehr enttäuscht. Raum ein Duzend Kollegen fanden den Weg zum Versammlungslokal und lauschten dem Vortrag unseres Arbeiterssekretärs E. Breil, der über „Die Unfallversicherung“ referierte. Jeder wird befriedigt die Versammlung verlassen haben, und die nicht da waren, zeigen eben ihre große Interesselosigkeit in solchen Dingen. Nur wenn durch Ankenntnis einer oder der andere einmal in eine mißliche Lage gerät, dann heißt es: „Verband hilf!“ Dann weiß man den Verband zu finden und ihm alle möglichen Unannehmlichkeiten aufzubürden, welche leicht vermieden werden könnten, wenn man schon früher das Versammlungslokal gefunden hätte. Aber der Weg dorthin führt an so vielen „Kinos“ und „Varietés“ vorbei, und da hört man so nette Sachen, während die gewerkschaftliche Weiterbildung schon schwerer ist. Es genügt ja, wenn man seine Beiträge bezahlt. Man überläßt es dem Vorstand, die Interessen zu wahren. Dafür ist er ja da. Das sind so die Gedanken von vielen „Organisierten“. Es muß aber anders werden. Die Laueheit muß verschwinden, wenn nicht auch der letzte Funke Lust der Ortsverwaltung genommen werden soll. Wir haben für das Winterquartal ein interessantes Programm aufgestellt. Soll die Mühe der Ortsverwaltung belohnt werden, so erscheint alle zur Versammlung. Öffentlich werden diese Zeiten genügen, die Liebe zur Organisation zu erhöhen und aus Statisten wirklich gewerkschaftliche Kollegen zu machen.

S o l i n g e n - W a l d. Am 28. Oktober fand die vierteljährliche Generalversammlung unserer Zählstelle statt. Der Vorsitzende gab in kurzen Zügen den Geschäftsbericht vom dritten Quartal und ermahnte die Mitglieder, ihre Beiträge pünktlich zu zahlen, damit den Unterkassierern die Arbeit erleichtert wird und am Quartalschluß pünktlich abgerechnet werden kann. Auch im verfloffenen Quartal waren eine ganze Anzahl Neuaufnahmen zu verzeichnen, nur lasse der Versammlungsbesuch manches zu wünschen übrig. Die Kollegen wurden gebeten, an den Versammlungen regen Anteil zu nehmen, damit jeder über das Verbandsleben orientiert ist. Der Kassierer gab den Kassenbericht, wonach die Verbandskasse eine Einnahme von 666,75 Mk. und eine Ausgabe von 256,24 Mk. hatte. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 182,99 Mk. und eine Ausgabe von 202,89 Mark, so daß ein Defizit von 19,90 Mk. vorhanden war, welches aus dem Reservefonds der Lokalkasse gedeckt werden mußte. Für Krankenunterstützung war im verfloffenen Quartal aus der Verbandskasse 125,50 Mk. und aus der Lokalkasse 96,25 Mk. gezahlt worden. Kollege Mohrmann gab den Bericht vom Quartal.

In der Diskussion wünschten die Medner, daß in den Werkstuben, sowie in Bekanntheitskreisen für den Wohlstand der Schuhmacher und Frieseure Propaganda gemacht würde. Unter „Verschiedenes“ wurde aus der Versammlung angefragt, ob der Vorstand die Angelegenheit mit den Arbeitgebern geregelt habe, betr. acht Stunden Arbeitszeit an den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage. Bruns teilt mit, daß der Vorsitzende der Arbeitgeber in Kenntnis gesetzt sei, man hätte aber bis jetzt noch keine Antwort erhalten. Es wurde beschlossen, daß am Vorabend von Dinstag sich sämtliche Kollegen und Kolleginnen nach dem Tarif zu richten und acht Stunden zu arbeiten haben. — Ferner wurde beschlossen, dem Kartell einen Antrag einzurichten, wonach die organisierte

Arbeiterchaft aufgefordert wird, ihre Söhne und Töchter, welche in unserem Beruf beschäftigt sind, unserem Verbands zuzuführen. Wer die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen geneigen will, soll auch ein kleines Opfer der Organisation bringen. Es wurde ein Agitationskomitee gewählt, welches gemeinsam mit dem Vorstand eine Hausagitation entfalten soll. Jedes Mitglied ist verpflichtet, Adressen von unorganisierten Gehilfen oder Mädchen abzugeben, sowie sich an der Agitation zu beteiligen. Die Kollegen können Agitationsmaterial beim Vorsitzenden Kollegen Manfers in Empfang nehmen.

Wormen-Eberfeld. Am Sonntag, den 5. November, fand in Wormen unsere Generalversammlung statt. Kollege Groenhoff gab den Kassenbericht vom 3. Quartal. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 2035,75 Mk. und eine Ausgabe von 626,76 Mk. An die Verbandskasse wurden 1420 Mk. gesandt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 318,95 Mk., eine Ausgabe von 257,60 Mk. und einen Kassenbestand von 331,17 Mk. Die Lokalkassenkasse hatte eine Einnahme von 146,75 Mk. und eine Ausgabe von 233,50 Mk. und schließt mit einem Bestand von 748,91 Mk. ab. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Bestand am Schluß des 2. Quartals 258 männliche und 55 weibliche Mitglieder. Zugang: 47 Eintritte, 16 Zugereiste und ein Uebertritt aus einer anderen Organisation. Demgegenüber stehen 13 Austritte, 26 Abgereiste und 16 wegen Nesten gestrichen, so daß am Schluß des Quartals ein Mitgliederbestand von 256 männlichen, 66 weiblichen, zusammen 322, vorhanden war. Groenhoff wies darauf hin, daß man nach der regen Agitation und den vielen Aufnahmen im laufenden Jahre einen höheren Mitgliederstand hätte erwarten dürfen. Zu bedauern sind die vielen Austritte und Streichungen. Meistens handelt es sich um solche Mitglieder, die noch nicht lange der Organisation angehören. Es ist daher nötig, daß die Unterfasser solche Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen zurückbleiben oder austreten wollen, der Verwaltung überweisen. Ganz besonders aber sollten diejenigen Mitglieder, welche die Neuaufnahmen machen, es dabei nicht bewenden lassen, sondern sich überzeugen, ob diese neuen Mitglieder auch ihren Pflichten nachkommen und selbständig; dann könnte noch mancher Schwache und Wankelmütige dem Verband erhalten bleiben. Uebrigens ist die Zahl der Abgereisten auch in diesem Quartal größer als die der Zugereisten; ein Faktum, das fast in jedem Quartal vorkommt. In den Bericht schloß sich eine längere Diskussion, in welcher auch die Unterfasser zum Wort kamen und ihre Erfahrungen zum Besten gaben. Allseitig wurde versprochen, der Mitgliederbewegung das rechte Interesse entgegenzubringen. Das 4. Quartal brachte uns übrigens wieder eine Anzahl Aufnahmen, so daß gegenwärtig 350 Mitglieder gezählt werden.

Nach diesen Berichten wurde über die Maßregelung eines Kollegen bei der Firma Schlechtendahl in Wormen berichtet. Diese Firma (Steinbruderei) gehört dem Schuberband an und hat ihre Steinbruder ausgesperrt. Unser Kollege hat nun in einer Vertikalenversammlung ebenfalls einige Worte gesprochen. Wahrscheinlich ist der Firma das zu Ohren gekommen durch die dumme Schwabhaftigkeit eines anderen Kollegen. Kurz und gut, nachdem unser Kollege, der auch Schriftführer unserer Zahlstelle ist, die noch vorhandene eilfste Arbeit weg gearbeitet hatte, bekam er die Kündigung. Die Versammlung kam nach längerer eingehender Diskussion zu dem einstimmigen Beschluß, die Kündigung als eine Maßregelung aufzufassen, um so mehr, da die Firma als eine schärfermachende bekannt ist und keine organisierten duldet. Das Verhalten dieser echt christlichen Firma wurde dabei gebührend beklagt. Unsere Kollegen werden nun wissen, wie sie sich dieser Firma gegenüber zu verhalten haben.

Sodann kamen noch die verschiedenen Wahlen, welche bevorstehen, zur Sprache. Es wurden zur Vertreterwahl der Parmer Allgemeinen Ortskrankenkasse drei Kollegen vorgeschlagen. Ebenfalls wurden für die Vertreterwahl zur Eberfelder Ortskrankenkasse 22 Mitglieder in Vorschlag gebracht. Gleichfalls wurde auf die Bedeutung der Stabsordnenwahlen hingewiesen und die wahlberechtigten Mitglieder ersucht, ihr Wahlrecht auszuüben und schon in den ersten Tagen zur Wahl zu gehen.

Weiter kamen aus der Mitte der Versammlung noch Anfragen über den Stand der Tarifbewegung. Es wurde berichtet, daß mit den Vertretern der Prinzipalsorganisation bereits zwei Sitzungen stattgefunden haben, die sich indessen lediglich mit den prinzipiellen Fragen beschäftigt haben. In der Hauptsache hat es sich darum gehandelt, daß die Prinzipale die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus dem Tarif hinaus haben wollten. Indessen hat sich über diese Fragen doch eine allmähliche Verständigung und Klärung erzielen lassen. Bei den Firmen, welche der Arbeitgeberorganisation nicht angehören, soll in den nächsten Tagen besonders vorgegangen werden.

Zum Schluß berichtete Kollege Schaab, daß am 19. November, morgens 10 1/2 Uhr, im Saale der „Genügsamkeit“ in Warmen eine allgemeine öffentliche Kartonnagenarbeiter-Vertammlung stattfanden wird. Es gilt namentlich, eifrig in die Agitation einzutreten, damit die Versammlung einen guten Besuch aufzuweisen hat und ihren Zweck erreicht. Die Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen haben alle Ursache, an eine Verbesserung ihrer Lage zu denken. Wichtige Punkte werden auf der Tagesordnung stehen. Die Vorgänge im Unternehmerlager und die bevorstehende allgemeine deutsche Kartonnagenarbeiter-Konferenz sollten geeignet sein, auch den letzten indifferenten Kartonnagenager aus seiner Lethargie aufzuwecken. Darum: **alle Mann zur Stelle und eifrig agitiert!**

Würgburg. Am 28. Oktober fand unsere Generalversammlung statt, die leider nicht so besucht war, wie es in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung nötig gewesen wäre. Mühte doch für das letzte Quartal bedauerlicher Verhältnisse halber ein Vorsitzender und ein Schriftführer gewählt werden. Es wurden bis Ende des Jahres Hein als Vorsitzender, Schmidt als Schriftführer bestellt. Den Kassenbericht gab Dichtlein und führte derselbe aus, daß unsere Lokalkasse im letzten Quartal durch den hohen Krankenstand bedenklich geschwächt wurde und für das nächste Jahr eine Abänderung des Ortskrankensatzes nötig würde. Den Kassenbericht gab Hein. Gauvorfänger Weinländer, der zu dieser Versammlung erschienen war, referierte über: „Das Koalitionsrecht unter besonderer Berücksichtigung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung“ und wurde der Vortrag mit großem Interesse entgegengenommen. Weinländer verstand es, den Vortrag für jedermann verständlich zu machen. Mit dem Appell an die Anwesenden, fest und treu zum Verbands zu stehen, um dem Antun der Christlichen, die gerade gegenwärtig wieder ihr Möglichstes versuchen, standhalten zu können, schloß die anregende Versammlung.

Bremen. In unserer am 28. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende zunächst bekannt, daß uns am 11. November der Genosse Henke einen Vortrag halten wird und daß in der Woche vom 6. bis 11. November eine Betriebsstatistik aufgenommen werden soll.

Hierauf folgt der Kassenbericht vom dritten Quartal. Danach bilanziert die Verbandskasse mit 1188,33 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 862,13 Mk. und eine Ausgabe von 165,84 Mk. Kollege Altvater hielt sodann einen ausgebeuteten Vortrag über: „Die gegenwärtige Teuerung“. Er wies an ihre Hand von Beispielen nach, in welchem Umfange die Teuerung besteht. Damit wurden die Behauptungen, wie sie vom hiesigen Senat und auch von anderen Seiten gemacht werden, es bestände überhaupt keine Teuerung, gründlich widerlegt. Kollege Altvater empfahl zum Schluß den Beitritt zum Konsumverein „Vorwärts“ und forderte, daß mit allen Kräften danach getrachtet werde, unsere gewerkschaftliche Organisation zu stärken, damit wir im nächsten Jahre unsere überaus traurigen Löhne auf eine bezahlbare Höhe bringen können, daß sie den Verhältnissen etwas besser angepaßt sind, und die Wunden, die uns die Teuerung geschlagen hat und noch schlagen wird, wieder ausgeheilt werden. Daneben dürfen wir jedoch auch die politische Bewegung nicht vergessen, deren Wogen in den nächsten Monaten höher als sonst gehen werden, damit wir eine geschehene Körpererschaft bekommen, von welcher auch in Zeiten der Teuerung etwas zu erwarten ist.

Die Diskussion bewegte sich in demselben Sinne. Der Vorsitzende teilte mit, daß bereits in drei Betrieben Teuerungszulagen verlangt und auch bewilligt seien. Er gab ferner Anregung, Betriebsversammlungen abzuhalten, in denen das weitere besprochen und unternommen werden könnte. Aus der Mitte der Versammlung wurde dann folgende Resolution eingebracht, welche ohne Debatte einstimmig angenommen wurde:

„Das Verhalten der Regierung und Gesetzgebung während der jetzigen Teuerung bestätigt wiederholt die alte Erfahrung, daß die Arbeiterchaft jede Verbesserung ihrer Lage nur der eigenen Kraft verdankt. Die Versammlung erklärt deshalb, mit allen Kräften für die Organisationen, deren sich die kassenbewußte Arbeiterchaft im Kampfe für ihre Befreiung bedient, wirken zu wollen. Außerdem richtet die Versammlung an jeden einzelnen die Mahnung, auf die Erhöhung seines Lohnes bedacht zu sein.“

Nachdem wurde ein Antrag angenommen, wonach das Lokalkassendebent in Zukunft bar ausbezahlt wird. Ferner wurde mitgeteilt, daß sich der hiesige „Verein selbständiger Buchbindermeister“ mit der Mission trägt, sich als Suchen aufzulösen, um als Zeitung wieder auf der Bildfläche zu erscheinen. Seit dem 1. Oktober haben wir schon 12 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Alle Mitglieder müssen sich an der Agitation beteiligen, damit wir unserer

im nächsten Jahre stattfindenden Tarifverneuerung getrost entgegengehen können.

Stuttgart. Am 30. Oktober hielt unsere Zahlstelle ihre Hauptversammlung ab. Dieselbe war wegen der schwachen Besuchs am 21. Oktober vertagt worden, und auch der Besuch der jetzigen Versammlung zeigte, wie gering das Interesse der Mitglieder an der Gewerkschaftsbewegung ist. Den Geschäftsbericht erstattete Dürr. Den Kassenbericht gab Frey. Die Verbandskasse schließt mit einer Bilanz von 8987,09 Mk. ab. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2729,61 Mk. und eine Ausgabe von 2506,54 Mk. Der Vermögensbestand der Lokalkasse betrug am 1. Oktober 1911 18 474,38 Mk. Der Vorsitzende machte weiter auf das Programm des Bildungsausschusses, sowie der Akademischen Unterrichtsstufe aufmerksam und empfahl die Broschüre: „Die Papierprätagedechnik“. Ein Vertragsverhältnis in der Kartonnagenbranche konnte nicht erzielt werden infolge der Interesslosigkeit des Personals. Die Beitragsleistung der Kollegen sei zufriedenstellend, während die der weiblichen Mitglieder sehr zu wünschen übrig lasse und die Meldungen von Krankheiten und Arbeitslosigkeit sehr nachlässig erfolgten.

Genosse Haarer hielt sodann einen Vortrag über: „Die Hygieneausstellung in Dresden“, der mit vielem Beifall entgegengenommen wurde.

In der Diskussion, sowie im Schlußwort des Referenten wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Regierung gefordert habe, daß das Arbeiterelend in seinen trafen Formen nicht öffentlich aufgedeckt werde, und daß nur eine starke moderne Organisation dazu beitragen kann, Mißstände zu beseitigen.

Hierauf gab der Vorsitzende bekannt, daß vorläufig die Versammlungen Montags nach Geschäfts-schluß abgehalten werden.

Annaberg-Buchholz. Vorige Woche (wann? D. Neb.) wollte unsere Zahlstelle durch zwei Mitglieder bei der Firma Runge in Buchholz Handzettel mit der Einladung zu einer öffentlichen Versammlung verteilen lassen. Wie die Verteiler erfahren, sollte bei der Firma um 1/8 Uhr Geschäfts-schluß sein, aber es dauerte lange über diese Zeit hinaus, ehe sich jemand von dem Personal erbliden ließ. Endlich kam der erste Arbeiter — der aber zugleich auch der letzte zu sein schien — angetriert, er hatte aber nichts Gütigeres zu tun, als den erhaltenen Einladungszettel durch einen anderen Eingang ins Kontor zu tragen. Nach einiger Zeit wurde mit Hast ein Fenster aufgerissen und nun ging ein Spetzel los. Die beiden Verteiler glaubten, eine Vorlesung aus einem Schimpfwörter-Lexikon anhören zu sollen. Es ging auf „Du“ und „Ihr“. Herr Runge legte u. a. also los: „Macht, daß Ihr fortkommt, Ihr freche Bande.“ usw. Als die Leute nicht wichen, kam Herr Runge selbst bis auf einige Schritte Entfernung an das Fabriktor heran, sprach wieder von „frecher Bande“ und zeigte triumphiierend den Handzettel, den ihm der Spitzel zugeflogen hatte. „Was wollt Ihr mit Eurer Kartonnagenversammlung? Ich habe Euren Zettel eher als die Arbeiter!“ — Am nächsten Tage ist Herr R. zur Jagd gefahren. Als er mit noch einigen Fabrikanten aus der Textilindustrie im Bahnwagen saß, erzählte Herr R. seinen Begleitern, was er abends zuvor den Zettelverteilern gegenüber Großes geleistet habe. Er habe seine Leute an diesem Abend schon um 7 Uhr aufhören lassen. (Natursache wird sein, daß er sie zu einer anderen Türe hinausgelassen hat.) Einer der Reisebegleiter gab Herrn Runge eine Antwort, auf die er nicht gefaßt gewesen sein dürfte. Und diese Antwort lautete: „Glauben Sie denn, Herr R., daß Ihre Leute die Zettel nicht ein andermal bekommen werden? Wir Verteilenden wollen die Gebilbeten sein, dann sollten wir aber unseren Arbeitern von selbst auflegen, damit sie nicht erst an uns heranzutreten brauchen, zumal jetzt bei der herrschenden Teuerung. Bei Ihnen, Herr R., ist es am allerwunderlichsten, denn in Ihren Pragerien werden noch sehr schlechte Löhne gezahlt!“ Herr R. machte ob dieser Zurechtweisung ein recht verduhtes Gesicht. Hätte ihm das ein Arbeiter gesagt, er würde ihm sicher sofort eine Spittel aus seinem Schimpfwörterlexikon vorgelesen haben. Aber gebildeten Leuten gegenüber konnte er doch nicht gut mit „frecher Bande“ usw. um sich herumwerfen.

Vielefeld. Ueberall regt es sich in christlichen Betrieben, und so können wir denn auch über einen „Fall Regensburg“ berichten. Es scheint gerade, als wenn die Christen ihren notorischen Mitglieder-schwind durch Terrorismus schlimmster Art heben wollten. Ober sind die Christen vielleicht der Meinung, daß ihnen im Arbeitsverhältnis ein Vorrecht eingeräumt werden soll? In der weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannten Vodelschwingh'schen Unstalt Pethel befindet sich eine Unstaltsbuchbinderei. Leiter derselben ist der Obermeister der hiesigen Buchbinder-Zunft, Herr Paul Schulz. Seit Jahren sind Kollegen unserer Organisation dort beschäftigt gewesen, und niemand hat

danach gefragt, welcher Organisation dieselben angehören. Anders ist es in der letzten Zeit geworden. Und wir gehen nicht fehl, wenn wir für alle die letzten Vorgänge in der Anstaltsbuchbinderei die hiesige christliche Zahlstelle verantwortlich machen. Am Sonnabend, den 28. Oktober, wurden plötzlich zwei unserer Kollegen gekündigt, angeblich wegen Arbeitsmangels. Die Sache selbst spielte sich folgendermaßen ab: Am fraglichen Sonnabend wurde plötzlich einer unserer Kollegen, welcher bereits ein Jahr dort beschäftigt ist, zu Herrn Schulz ins Konitor gerufen, und dort wurde an ihn das Ansuchen gestellt, zu Herrn Schulz ins Logis zu gehen, Herr Schulz ist nämlich auch Hausvater. Unser Kollege lehnte dieses kurzerhand ab. Daraufhin stellte derselbe Herr an unsern Kollegen die Frage, ob er noch Mitglied des „roten“ Verbandes sei. Auf die Antwort unseres Kollegen, daß er bei uns Mitglied sei und es auch bleiben wolle, erklärte Herr Schulz, daß es ihm lieber wäre, wenn alle an einem Strang ziehen, er verlangte also den Uebertritt zum christlichen Verbanden. Außerdem erklärte der Herr Obermeister: „Heute muß es sich entscheiden“. Ja, was muß sich denn entscheiden, der angebliche Arbeitsmangel oder der Uebertritt zum christlichen Verbanden? Des Mittags wurde dann zwei unserer Kollegen die Kündigung übermittelt, angeblich wegen Arbeitsmangels.

Am Dienstag darauf wurde auf Veranlassung der hiesigen Zahlstelle der Gesellenauschuß bei Herrn Schulz vorstellig und forschte den Entlassungsgründen unserer Kollegen nach. Herr Schulz gab die Kündigung wegen Arbeitsmangels an, von einem „roten“ Verband habe er nichts gesagt, dagegen sei die Frage nach der Verbandzugehörigkeit eine reine Gelegenheitsfrage gewesen. Außerdem gab er die Weigerung unserer Kollegen, zu ihm ins Logis zu gehen, mit an. Wir fragen Herrn Schulz, warum wurde denn einem unserer Kollegen, welcher bereits 1 Jahr dort als Hilfsarbeiter beschäftigt ist, wegen Arbeitsmangels gekündigt, dagegen ein Christlicher vor 14 Tagen neu eingestellt? Herr Schulz stellte dann unsern Kollegen wegen der Neuerung betr. „roten“ Verband zur Rede und ersuchte ihn, zu bestätigen, daß er diese Neuerung nicht getan habe. Doch unser Kollege mußte bei seiner Aussage bleiben. Nachdem unser Kollege nun bereits anderwärts Arbeit bekommen hatte, forderte er seine Papiere. Da auf einmal erklärte Herr Schulz, er wolle es mit ihm noch einmal versuchen. Blühlich war also der „Arbeitsmangel“ behoben! Unser Kollege verzichtete allerdings auf diese gastliche Stätte. Die Christen werden jetzt wohl damit haufieren gehen, daß einer ihrer Kollegen ebenfalls gekündigt sei, doch hat dies mit der Kündigung unserer Kollegen nichts zu tun, denn selbst dieser christliche Kollege ist mit uns der Meinung, daß die Kündigung unserer Kollegen wegen ihrer Verbandzugehörigkeit erfolgt ist. Nabrelang hat zwischen den christlichen und unsern Mitgliedern ein gutes Verhältnis bestanden, und nun plötzlich dieser Streich.

Und dann erst die Tariffreudigkeit dieser Herren Christen. Als die Erneuerung unseres Tarifs vorgenommen wurde, unterzeichnete der Herr Obermeister im Auftrage der Innung den neuen Tarif. Aber diesen Tarif nun auch in der Anstalt einzuführen, hielt er nicht für nötig. Es geht sogar das Gerücht um, daß er im Einverständnis mit den dort beschäftigten Christlichen den Tarif nicht eingeführt habe. Wir wissen ja, daß die Christen jetzt mit aller M-Gladbacher Verdrehungskunst versuchen werden, diese Sache nach ihrem Geschmack zu drehen, doch wird uns dieses nicht abhalten, diesen Herren Kollegen in der Zukunft noch viel derber als seither auf die Finger zu klopfen.

Rundschau.

Erkroffen hat sich aus unbekanntem Gründen am 3. November in seiner Wohnung der Buchbindereifaktor Franz Rippert von der Firma F. A. Brockhaus in Leipzig. Der Verstorbenen erzkente sich ob seines lokalen Wesens im Kreise unserer Kollegen und Kolleginnen der größten Sympathien.

Zur Tabakarbeiterausperrung. Der Vorstand des Westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes machte seine Stellungnahme zu den ihm am 13. Oktober unterbreiteten Einigungsanträgen der Tabakarbeiter davon abhängig, daß erst die unter Nichtannehmung der Auflösungsfrist ausständigen Arbeiter sich zur Wiederaufnahme der Arbeit melden resp. die Arbeit aufnehmen sollten. Er hat jetzt der Kommission der Tabakarbeiter die Mitteilung zugehen lassen, daß er auf diese Arbeitsaufnahme keinen Wert mehr lege. Hierauf hat auch die Kommission die gleiche Erklärung dem Westfälischen Zigarrenfabrikantenverband zugehen lassen mit der bestimmten Anfrage begleitet, ob — angesichts dieser beiderseitigen Erklärungen — der Vorstand des Westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes nunmehr

geneigt sei, zu den überreichten Einigungsanträgen Stellung zu nehmen. Die Antwort hierauf ist der befragte Vorstand schuldig geblieben. Die Zahl der ausgesperrten beträgt zurzeit in Westfalen und Rippe nahezu 10 000, darunter mehr als 4000 weibliche Mitglieder. Die bei den im Westfälischen Zigarrenfabrikantenverband organisierten Firmen in Hamburg-Altona, Bremen und Magdeburg beschäftigten organisierten Arbeiter legten ebenfalls die Arbeit nieder, weil ihnen zugemutet wurde, Streikarbeit zu verrichten und weil sie nicht gewillt waren, ihren Mitarbeitern in Westfalen in den Rücken zu fallen. Die Zahl der Ausständigen beträgt in diesen Industriegebieten 2500, darunter nahezu 1000 Tabakarbeiterinnen. Insgesamt stehen 12 500 Tabakarbeiter, darunter 5000 Arbeiterinnen, im Ausstände.

Wie nun bestimmt verlautet, werden alle übrigen Zigarrenfabrikanten, die den Arbeitgeberverbänden Hamburg-Altona, Bremen und Umgegend und Alumenthal-Burgdam angehören, ihre organisierten Arbeiter aussperrern, wenn die ausständigen Tabakarbeiter ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Ausständigen lehnen es ab, dieser Forderung zu entsprechen, so daß die Zahl der Ausständigen und Aussperrten, wenn diese Androhung zur Tat werden sollte, um mehrere Tausend sich vermehren wird. Der Plan der Tabakindustriellen, die Tabakarbeiter niederzuzwingen, wird nicht gelingen. Alle Maßnahmen der Tabakindustriellen werden die Entschlossenheit der Tabakarbeiter nicht ins Wanken bringen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bringt zur Unterstützung der Tabakarbeiter allgemeine Sammlungen zur Ausschreibung. (Siehe die Spitze dieser Nummer.)

Die Hilfskassenvorlage im Reichstage. In der gegenwärtigen Reichstagsagung soll die früher von uns besprochene Vorlage über die Aufhebung des Hilfskassengesetzes noch zu Ende gebracht werden. Die Regierung fürchtet wohl nicht mit Unrecht, daß der neue Reichstag ihren reaktionären Wünschen nicht so entgegenkommen wird. In den Tagen vom 23. bis 25. Oktober beriet nun die Kommission darüber. Sie schaltete einen § 3a ein, worin die Bestimmung, entsprechend § 354 R.-B.-O., enthalten ist, daß die politische oder religiöse Ueberzeugung oder Betätigung der Rassenmitglieder oder Rassenbeamten an sich nicht als Grund für die Nichtgenehmigung von Rassen gelten darf. Auch wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, daß der Ausschluß des Reichs wegen der den Mitgliedern zustehenden Rechte unzulässig ist. Den Rechtsweg kann das Mitglied innerhalb eines Monats nach Mitteilung einer etwaigen schiebegerichtlichen Entscheidung betreten. Eine längere Debatte entstand über die Auslegung des Absatz 2 in § 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes, wonach solche Versicherungsvereine nicht der Aufsicht des Aufsichtsamtes unterstehen, welche den Versicherten keinen Rechtsanspruch auf die Leistungen der Versicherung gewähren. Die Kommission wollte die Versicherungseinrichtungen der Gewerkschaften so sicher stellen, daß die Aufsicht ausgeschlossen sein sollte. Gegenwärtig ist die Rechtsprechung auch in diesem Sinne gehalten. Da aber Änderungen hierin leicht möglich sind, wollten die Sozialdemokraten die Gewerkschaften, Gewerksvereine und andere Berufsvereine ausdrücklich von der Unterstellung unter die Aufsicht ausschließen, wenn auf die Leistungen kein klagbares Recht besteht und die Rechtsverhältnisse der Mitglieder unter sich lediglich nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs richten.

Dieser Antrag ging dem Zentrum zu weit, obwohl es eine Sicherung der Gewerkschaften für nötig hielt. Schließlich begnügte es sich aber damit, daß von den Regierungsvertretern und sämtlichen Mitgliedern der Kommission ausdrücklich das Einverständnis mit der jetzigen Auslegung des § 1 erklärt wurde und zog seinen Antrag zurück. Darauf lehnten sämtliche bürgerliche Parteien den sozialdemokratischen Antrag ab.

Der Beschluß einer eingeschriebenen Hilfskasse über die Auflösung oder die Vereinigung mit einem anderen Unternehmen unterliegt der Genehmigung der Behörde, die zuständig sein würde, wenn die eingeschriebene Hilfskasse dem Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen unterstände.

Diese Bestimmung tritt sofort in Kraft. Es ist der Aufsichtsbehörde gestattet, schon vom Tage der Verkündigung des Gesetzes an Einspruch gegen alle Maßnahmen zu erheben, die nach ihrer Ansicht die Interessen der Versicherten verletzen oder mit den guten Sitten im Widerspruch stehen. Nach dem Regierungsentwurf sollte die Aufsichtsbehörde die Befugnis erst mit dem Inkrafttreten des Gesetzes haben. Wenn hätte das Zentrum noch weitere Verschlechterungen hineingebracht, es reichte dazu aber nicht. — Vom Reichstag wird die Vorlage in dem jetzt beschlossenen Wortlaut und Inhalt wohl ohne weiteres angenommen werden. R. Fette.

Erklärung!

In Nr. 42 der „Buchbinder-Zeitung“ (Jahrgang 1908, Seite 335) hat eine Erklärung gestanden, in welcher die Behauptungen des Kollegen Peter Wink gegenüber dem Kollegen Kadbach zurückgewiesen wurden. Inzwischen haben sich mit Bezug auf Kadbach Sachen abgespielt, die darauf hindeuten, daß Kollege Wink im guten Glauben gehandelt hat und die Interessen der Zahlstelle wahrnehmen wollte. Soweit also irgendeine ehrenrührige Tendenz gegen den Kollegen Wink aus der damaligen Erklärung herausgelassen werden konnte, wird hierdurch ausdrücklich festgestellt, daß eine solche Absicht vollständig fernlag und der Kollege Wink nach wie vor als Ehrenmann und guter Kollege zu betrachten ist. Dieses dient zur Steuere der Wahrheit und um etwaigen üblen Nachreden gegen den Kollegen Wink vorzubeugen. Eberfeld, den 6. November 1911. B. Groenhoff, Bezirksleiter.

Abrechnungen

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 7. November bei der Verbandskasse ein: Von Berlin mit 10 583,95 Mark, Kottbus 300 Mk., Bries 451,89 Mk., Halberstadt 135,46 Mk., Magdeburg 671,03 Mk., Hildesheim 50 Mk., Gau 9 291,91 Mk., Götting 100 Mk., Koblenz 80 Mk., Lüneburg 135,43 Mk., Gießen 117,33 Mk., Wiesbaden — Mk., Gau 12 470,13 Mk., Sebnitz 100 Mk., Heilberg — Mk., Eßlingen 100 Mk., Konstanz — Mk., Regensburg 162,84 Mk. und von Augsburg mit 100 Mk.

Noch nicht abgerechnet haben: Brandenburg, Ludenwalde, Bromberg, Gölzlik, Kattowitz, Posen, Apolda, Arnstadt, Ruhla, Saalfeld, Weiskirchen, Mühlheim-Ortshausen, Mainz, Falkenstein, Jwidau und Göttingen. E. Gaueisen.

Adressenänderungen.

Öertliche Bevollmächtigte.

Mühlhausen i. E. Th. West, Ramispfad 20.

Unterstützungs-Auszahler.

Duisburg-Muhrort, F. Gewerkschaftshaus „Gambetrus“, Duisburg, Friedrich-Wilhelmplatz, von 7 bis 7½ Uhr, nur werktags.

Literarisches.

Herbststimmung durchzieht das neueste Heft (Nr. 44) der literarischen Münchener Wochenschrift „Die Leise“. Die Leise ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr zu beziehen. Probenummern versendet auf Wunsch umsonst und postfrei die Geschäftsstelle der Leise, München, Rindmarkt 10.

Einleitend schildert Richard Peter in seinem „Herbstgang bei Strahburg“, wie ein sonniger Herbsttag verläuft. Johannes Trojans Skizze „Der Landmann“ lenkt die Gedanken mehr zu Spätromer zurück, aber Albert Schaeffers feine kleine Geschichte „Der Drachen“ greift die Melodie, die zu Beginn des Festes angeschlagen wurde, wieder auf. Er zeigt, wie so ein einfacher Vorgang, wie das Steigenlassen eines Drachens, für drei junge heranreifende Menschenkinder zum tiefen inneren Erlebnis wird. Und auch eine der Basontainen fabeln „Die Grille und die Amelise“ redet vom Herbst. Interessant sind in dem Hefte die „Sprüche von Handwerkerhäufnern“, von denen wir einen vom Hause eines Münchener Buchbinders hier wiedergeben: Was im Kopf des Gelehrten ward erfunden, Wird hier geteilt, geschnitten und gebunden.

August Langbeins lustiges Gedicht „Das große Los“ in der Schalksede verhilft auch dem Humor zu seinem Rechte.

Arbeiterliederbuch für Massengefang. Verlag H. Gerisch, Dortmund. Preis 5 Pf. Mit der neuen Ausgabe hat die Auflage dieses Gedichtens die Höhe von 330 000 erreicht; ein Zeichen für seine Beliebtheit.

Mühle: Das proletarische Kind. Verlag Albert Langen, München. Preis broschiert 3 Mk., geb. 4,50 Mk. Ein ausgezeichnetes und fast ausschließlich eine Mühle ausfüllendes Buch, das durch den außerordentlich hohen Preis kaum den notwendigen und wünschenswerten Massenabsatz haben dürfte. Eine eingehendere Besprechung geben wir im heutigen Heft.

ANZEIGEN

Deutscher Buchbinder-Verband.

Am 31. Oktober verschied nach nur 8 tägigem Krankenlager unser lieber Kollege

Otto Pilla

im Alter von 25 Jahren. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Zahlstelle Würzburg.

Zahlstelle Eisenberg.

Mittwoch, den 15. November 1911, abends 1/29 Uhr:

■ **Versammlung** ■

bei **Büchner**.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet Die Ortsverwaltung.

An die Zahlstellenverwaltungen.

Unterzeichnete Ortsverwaltung ersucht um Angabe der Adresse des Kollegen **Johannis Stokas**, Buchh. 75380, aus Silva Mona (Rußland).

Zahlstelle **Stettin**.

J. A.: **E. Dürkoop**, Derfflingerstr. 9.

Ich bitte um Mitteilung des Aufenthalts des Buchbindergehilfen **Herm. Wendig**, geboren am 16. Januar 1889 in Elbings-Kolonie bei Sedenburg, Kreis Niederung. Wendig, der 1911 in Schwerin (Medlb.) gearbeitet hat, ist am 19. Oktober 1911 aus der Lungenheilstätte Rathenow entlassen und hat angegeben, in Hamburg Arbeit suchen zu wollen. Er soll als Zeuge vernommen werden. — J. 1028/10. — Schwerin (Medlb.), den 2. Novbr. 1911. **Der Untersuchungsrichter.**

Bouillon-Würfel,

la Ware, äußerst schmackhaft, 100 Stück 2,50 Mk. (bei 200 Stück 5,— Mk. franco) gegen Nachnahme, bei Posten billiger.

Nahrungsmittel-Fabrik „Goliath“, Berlin 37/219, Saarbrückerstr. 30a.

Die Gold- und Silberschmelzerei, Scheide- und Gekrätz-Anstalt

M. Broh

Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29,

Fernsprecher: Amt IV, 6938, kauft Kehr- und Staubgold, Goldschmied, Goldwägen, Goldgummis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände. Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahleinrichtungen. — Streng reelle Bedienung. Anerkennungsschreiben v. In- u. Ausland. Gegründet im Jahre 1896.

☸ **Lohntarif** ☸
für **Buchbinderarbeiten.**

Preis für Mitglieder 1,— Mk. einschließlich Porto (bei Parteebezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,20 Mk.

Separat-Auszug für Mädchen - Arbeiten.

Preis für Mitglieder 50 Pf. einschließlich Porto, für Nichtmitglieder 1,10 Mk.

Für jeden Berufsgenossen von hohem Wert ist die

Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes : und seiner Vorläufer :

Preis für Mitglieder 2,30 Mk. einschließlich Porto, Preis für Nichtmitglieder 3,30 Mk. einschließlich Porto.

Der vorliegende 1. Band gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Geschichte der Organisation in unserem Beruf bis zur Gründung des jetzigen Verbandes. Er enthält eine reichhaltige Dokumentensammlung und bietet jedem Berufsgenossen außerordentlich viel interessante Momente aus der Vergangenheit.

Ein jedes unserer Mitglieder sollte im Besitze des Werkes sein, das auch durch sein vornehmes Neuhire jeder Bibliothek zur Zierde gereicht.

Werkzeug-Klement

Leipzig, Seeburgstr. 36 hält seine Erzeugnisse bestens empfohlen.

Deutscher Buchbinderverband

Zahlstelle Berlin

Donnerstag, den 16. November 1911

abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im groß. Saal der Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Vorschläge für 3 Mitglieder des Gauvorstandes.
3. Antrag zur Abänderung des Ortsstatuts.
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird pünktlich 1/29 Uhr eröffnet.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband (Zahlstelle Berlin).

Kartonarbeiter! Kartonarbeiterinnen!

Laut Beschluß der unterzeichneten Kommission finden im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c

zwei Versammlungen

statt. **Dienstag, den 14. November 1911, abends 1/29 Uhr,**

für Zuschneider, Ritzer und Hilfsarbeiter

und am **Mittwoch, den 15. November 1911, abends 1/29 Uhr,**

für Bezug- und Maschinen-Arbeiterinnen sowie Hefterinnen.

Tagesordnung für beide Versammlungen:

1. Beratung des von der Kommission ausgearbeiteten Tarifes.
2. Diskussion und Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu diesen Versammlungen zu erscheinen, um an den Beratungen des Tarifes mit teilzunehmen. Darum sorgt für einen guten Besuch.

Die Tariffkommission und Branchenleitung.

So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch.

Ich bin stets müde und abgespant gewesen, hatte, obwohl ich blutarm war, immer Nasenbluten und sah aus wie der Tod. Das ganze Jahr war ich in ärztlichen Behandlung, nahm alle möglichen blutstillenden Mittel ein, aber von einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir bestellte für mich 30 Flaschen Lamscheider Stahlbrunnen; schon nach der 5. Flasche bemerkte ich eine wesentliche Besserung. Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends zu Bett legte, war ich nicht so müde als früher, wenn ich morgens aufwachte. Und das danke ich nächst Gott Ihrem wunderbaren Wasser. — „Mit Freuden teile ich Ihnen mit, daß ich eine Kur gebraucht und die **ersehnte Hilfe gefunden habe.**“ — „Das Wasser kam wie ein rettender Engel, ich bin ganz glücklich, daß es mir so gut geht.“ — „Der Stahlbrunnen hat bei meiner Frau verblühend gewirkt.“ — „Es ist für alle Leute eine **wahre Wohltat.**“ — „Das Wasser ist einfach köstlich und steht wohl einzig in seiner Art heilwirkend auf der ganzen Welt da.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkkuren im Hause mit Lamscheider Stahlbrunnen warm empfohlen. Kleine Berufsflörung. Ausführl. Mitteilungen über Kurverfolg und Anwendungsgebiet kostenlos durch die Verwaltung des Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf SO 123.

Inserate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt **O. Th. Winckler, Leipzig**